

Überwindung der Parteienherrschaft

- eine Voraussetzung der Entwicklung der Demokratie
in Freiheit und Frieden

Überlegungen im Schatten der Kriege in der Ukraine und Gaza
eine Einführung
von Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

Text 177.0

000000000000

Text 177.13. 2

Meine Beurteilung der politischen Lage im Jahr 2024
am Abend meines Lebens
Teil 2

Juli 2024

(Unter den Bedingungen der angeschlagenen Gesundheit geschrieben.)
Siehe Text 177.13.0 Einleitung

Mein Eingeständnis

Meine Gedanken verhalten sich so, wie Wildpferde, sie wollen sich nicht in einem Gatter einsperren lassen. Gelingt es mit den Pferden trotzdem und vergisst man das abgesteckte Feld zu verriegeln, dann sind sie – die Pferde und auch die Gedanken – gleich wieder draußen. Ich habe es mit meinen Gedanken versucht, diese durch Schließen des Gatters (durch eine straffe Gliederung) einzuengen oder gar einzusperren. Mir ist es nicht einmal gelungen, die notwendigen Eckposten zusetzen, weil zu viele Themen beanspruchen, berücksichtigt werden zu wollen. Es geht ja um die Vermeidung von Krieg und die Entwicklung des Friedens, dann um die Erhaltung und um die bessere Ausformung der Demokratie, dann um die Ermöglichung von Freiheit in der Gesellschaft, was bedeutet, den Staat nicht zu einem Leviathan verkommen zu lassen. Letztlich geht es darum, dass die Menschen frei und zufrieden sind und ihre Umwelt nicht zerstören. In einem solchen Gedankengatter sind die Denk-Pfosten schon so weit gesetzt, dass es nicht einmal gelingt, ein Gedankenpferd so zu dressieren, dass es sich hinterher auch reiten lässt. Schon bevor ich als Schreiber beginne, kann ich schon sagen: „Er bemühte sich!“ Mehr nicht? Mir scheint, das Bemühen um eine Klärung unserer gesellschaftlichen Lage ist schon ein Fortschritt, besonders dann, wenn sich Dutzende Bemühende sich dazugesellen und zu Hunderte oder gar zu Tausende werden.

Zur allgemeine Ausgangslage

Mehr durch Zufall, als durch bewusstes erinnern stieß ich auf folgendes Zitat aus „21 Lektionen für das 21. Jahrhundert“ von Yuval Noah Harari

In einer Welt, die überflutet wird von bedeutungslosen Informationen, ist Klarheit Macht. Theoretisch kann sich jeder an der Diskussion über die Zukunft der Menschheit beteiligen, aber es ist ziemlich schwer, dabei den Durchblick zu behalten. Häufig bemerken wir noch nicht einmal, dass eine Debatte im Gange ist oder welches dabei die Kernfragen sind. Milliarden von uns können sich gar nicht den Luxus erlauben, sich näher damit zu befassen, weil wir dringlichere Dinge zu tun haben: Wir müssen arbeiten gehen, wir müssen uns um die Kinder oder um unsere alt werdenden Eltern kümmern. Leider gewährt die Geschichte keinen Rabatt. Wenn über die Zukunft der Menschheit in unserer Abwesenheit entschieden wird, weil wir zu sehr damit beschäftigt sind, unsere Kinder zu ernähren und mit Kleidung zu versorgen, werden wir und sie dennoch nicht von den Folgen verschont bleiben.

Das ist ausgesprochen unfair; aber wer will behaupten, die Geschichte sei fair? Als Historiker kann ich den Menschen weder Essen noch Kleidung geben - aber ich kann versuchen, ihnen ein wenig Klarheit zu verschaffen, und damit einen

Beitrag dazu leisten, das globale Spielfeld etwas einzuebnen. Wenn das auch nur ein paar mehr Menschen in die Lage versetzt, sich an der Diskussion über die Zukunft unserer Spezies zu beteiligen, so habe ich meine Aufgabe erfüllt. ... (S. 11)

Und:

... Das Buch beginnt mit einem Überblick über das aktuelle politische und technologische Dilemma. Gegen Ende des 20. Jahrhunderts hatte es den Anschein, als hätten die großen ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Faschismus, Kommunismus und Liberalismus mit dem überwältigenden Sieg des Liberalismus ein Ende gefunden. Demokratische Politik, Menschenrechte und freie Marktwirtschaft schienen dazu bestimmt, die gesamte Welt zu erobern. Doch wie so oft nahm die Geschichte eine unerwartete Wendung, und nach dem Zusammenbruch von Faschismus und Kommunismus befindet sich heute der Liberalismus in der Bredouille. Wohin also steuern wir?

Diese Frage ist besonders dringlich, weil der Liberalismus genau zu der Zeit an Glaubwürdigkeit verliert, da die doppelte Revolution in der Informationstechnologie und in der Biotechnologie uns vor die größten Herausforderungen stellt, mit denen unsere Spezies je konfrontiert war. Die Verschmelzung von Infotech und Biotech könnte schon bald Milliarden von Menschen aus dem Arbeitsmarkt drängen und sowohl Freiheit wie Gleichheit untergraben. Big-Data-Algorithmen könnten digitale Diktaturen schaffen, in denen sich die gesamte Macht in den Händen einer winzigen Elite konzentriert, während die meisten Menschen nicht unter Ausbeutung zu leiden haben, sondern unter etwas viel Schlimmerem - unter Bedeutungslosigkeit. ... (S. 15) ¹

Für den Fall, dass ich scheitere

für den Fall, dass ich aus gesundheitlichen oder weil mein Talent für den Abschluss meines Vorhabens mit der Kennziffer 177 nicht ausreicht, verweise ich auf meine nachfolgend angezeigten Texte:

- 164  **[Das Grundgesetz wurde vor 70 Jahren verabschiedet. Haben wir Gründe zum Jubeln oder Trauern?](#)**
Anmerkungen zu dem Kommentar „Unser Grundgesetz / 70 Jahre grandios erfolgreich und trotzdem unvollendet“
von Professor Dr. Hermann Heußner,
veröffentlicht im **md**magazin – Zeitschrift für direkte Demokratie 1 Ausgabe 2.2019
von Tristan Abromeit / Zum Tag der Deutschen Einheit / 3. Oktober 2019
(115 Seiten / 884 KB)
- 164.1  Anhang: **[Hinweise mit Auszügen und Links auf frühere Arbeiten mit Verweisen auf das Thema Verfassung:](#)**
a) Verfassungsbeschwerde, Oktober 1992 /
b) Agenda Niedersachsen, Mai 2001 Dokumentation 3 /
c) Der moralische Zeigefinger von Attac weist in die Irre, März 2008 /
d) Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag, November 2018 /

1 <https://tristan-abromeit.de/pdf/175.0.Die.Inflation.ist.kein.Naturereignis..pdf>

e) Das Boden(un)recht - Beiträge zur Förderung der Menschenrechte, des Friedens und der Freiheit, Oktober 2000
(Die zuletzt genannte Arbeit entstand ebenfalls aufgrund von Impulsen aus Osnabrück.)
August 2019 (10 Seiten / 160 KB)

00000

Text 150.2

27 Thesen
zu unserer politischen und ökonomischen Lage
als Kernaussagen von Text 150 und 150.1
Oktober 2017

00000

Im Text 177.13.1 habe ich angekündigt, Das ich ein paar Auszüge aus dem Buch „Bollwerk der Republik“ von Burton J. Hendrick als direkten Anhang einfügen will. Zwischenzeitlich ist mir eingefallen, dass ich das schon bei einem anderen Text gemacht habe. Bei der Suche mit der internen Suchfunktion auf meiner Internetseite bin ich dann auf den nachfolgend benannten Text gestoßen. Dort wird der Titel in einem Zusammenhang genannt, den ich hier in diesem Abschnitt von Text 177.13.2 einfüge, weil der Teiltext das Interesse für den Gesamttext 160.1 wecken kann.

Titel:

**Von der Wirkung politischer Leitideen, besonders, wenn sie falsch sind
und auf der Suche nach einem neuen Gesellschaftsvertrag**

Die Linken und die Mittigen sind die Verursacher des neuen Einflusses der Rechten und sie bilden den gedanklichen Zaun, der den Menschen den Weg in die Freiheit und den Wohlstand ohne Zukunftsangst versperrt.

von

Tristan Abromeit / November 2018 / Text 160.1

Anhang

Über ein **notwendiges freiwirtschaftliches oder NWO-Manifest**² zur Lage und zu den Möglichkeiten Deutschlands und Europas in heutiger Zeit - für die Bürger Deutschlands und Europas als parteiunabhängige Orientierungshilfe für ihre politische Willensbildung -

von Tristan Abromeit / 28.- 30. 12. 2017 / Text 160.2

2 NWW steht für **DIE NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG** oder Freiwirtschaft. Mit anderen Bezeichnungen wurde auch versucht, den Verleumdungen aus dem Weg zu gehen. Das ist aber nicht recht gelungen.

... Klar sollte aber auch geworden sein, das Gesells literarischen Versuche mit dem „Abbau des Staates“ oder „Der abgebaute Staat“, keine Schnappsidee, keine Peinlichkeiten und keine Parteiprogramme sind, sondern Versuche, anhand von Gedankenmodellen den Umfang und die Grenzen des Staates zu bestimmen. Wir selber können Gesell nicht einfach kopieren, sondern müssen in einer veränderten Welt, die auch Dauerhaftes in sich birgt, zu einem eigenen Bild von einem dienenden, schmalen aber starken Staat kommen.

... Diese Aufgabe stellt sich den Freunden der NWO nicht zum ersten Mal. Karl Walker schrieb in seinem autobiografischen Beitrag „Ich über mich“ (Karl Walker – Ausgewählte Werke, 1995, Seite 24):

... Inzwischen begann Rudolf Zitzmann in Lauf den Neuaufbau seines Verlages. Es war ihm im „Dritten Reich“ übel mitgespielt worden - 6 Jahre KZ-Haft, Liquidierung des Verlages und vollständiges Berufsverbot hatten ihn betroffen. - Jetzt war er aber wieder da. Bereits 1946 erschien mein erstes Schriftchen „Überwindung des Imperialismus“. Und dann saß ich in dem grausam kalten Winter 1946/47, meist ohne Heizung und dick eingemummt mit Handschuhen, in meiner Lichterfelder Wohnung an der Schreibmaschine und war besessen von einer Einsicht - die ich nachher zu meinem Bedauern nur bei ganz wenigen meiner alten Freunde aus der Gesell-Bewegung anbringen konnte. Mein nächstes Schriftchen „Demokratie und Menschenrechte“ war nämlich in meinen Augen wichtiger als alles, was ich vorher geschrieben hatte. Das betrifft den Inhalt, nicht die Form. Das Ganze war ja nur der erste Schritt auf dem Neuland einer Erkenntnis, die mich so wenig wieder losließ, wie Gesells Wirtschaftstheorie. Es sind für mich Dinge, die zusammengehören, weil sonst - was ich hier nur aussprechen, jedoch wegen der Fülle des notwendigen Beweismaterials nicht belegen kann - die Natürliche Wirtschaftsordnung ein unerreichbares Ideal bleiben wird. Kurz gesagt: Wir haben die Dinge jahrzehntelang falsch angepackt. Die Theorie ist richtig, aber sie muß soziologisch anders realisiert werden, als wir es uns s. Zt. dachten. Ich streite mit niemandem darüber, ob ich recht habe oder nicht; es ist nicht Vorbedingung, gleich Mehrheiten und Massen in Bewegung zu bringen. Hier genügen Minderheiten geistiger Verwandtschaft.

Der freiwirtschaftliche Verlag von Rudolf Zitzmann brachte 1953 auch das großformatige, rund 340 Seiten umfassende Werk von Burton J. Jendrick mit dem Titel „Bollwerk der Republik – Eine Biographie der Amerikanischen Verfassung“ heraus. Auch dieses kann als ein Versuch, die Arbeit für die NWO mehr mit der Verfassungsarbeit zu verbinden, gedeutet werden.

Unter der Leitung von Beate Bockting wurde in „Fairconomy“ zu dem Beitrag „Land – gemeinsames Erbe oder Privateigentum? Von Prof. T. Nicolaus Tideman, USA, eine Abbildung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung in englischer Sprache eingefügt. Hier werden zum ersten Mal 1776 von Thomas Jefferson die allgemeinen Menschenrechte formuliert. Ich hätte auch für den Zweck die Fassung vom 4. Juli 1776 in deutscher Sprache liefern können.

(Ich hänge sie an.) Sie befindet sich nämlich in dem Ausstellungskatalog des Deutschen Historischen Museums in Berlin über die Ausstellung „Im Namen der Freiheit, Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Deutschland, 1849, 1919, 1949, 1989“. 3 In meinem Text 11.0 „Gebt die Rolle der Verfassungspiraten auf“ gehe ich ab der Seite 22 auf zwei Berichte ein, die die amerikanische Verfassung berühren. (<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/11.0%20Gebt%20die%20Rolle%20der%20Verfassungspiraten%20auf.pdf>)

In DAS GESPRÄCH AUS DER FERNE versucht Hans Dolezalek, Alexandria, USA, folgende Frage zu beantworten:

"Verspricht die amerikanische Verfassung den Menschen das Glück?" Unausgesprochen gehen wir doch davon aus, daß zur Voraussetzung menschlichen Glücks Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit gehören. Er antwortet: "Das habe ich in Deutschland oft behaupten gehört - und das hat mich erst verblüfft. Denn es stimmt gar nicht, und es ist sogar schwer zu verstehen, wie es zu dieser Meinung kommen konnte.

Von der Virginia Declaration of Rights vom Juni 1776 leiten sich alle späteren Menschenrechtserklärungen her. Sie werden manchmal im ursprünglichen Sinn ihres Verfassers, George Mason, mißverstanden oder auch bewußt verfälscht. Das persönliche Glück kommt gleich im ersten Artikel vor, den man auf Englisch kennen sollte:

'That all men are by nature equally free and independent, and have certain inherent rights, of which, when they enter into a state of society, they cannot, by any compact, deprive or divest their posterity; nainely, the enjoyment of life and liberty, with the means of acquiring and possessing property and pursuing and obtaining happiness and safety.'

Mit anderen Worten: es ist ein ererbtes Recht des Menschen, sein Glück anzustreben und zu erreichen. Der Staat z.B. darf ihn daran nicht hindern, solange er das gleiche Recht für die anderen achtet (all man are ...). Aber eben: er muß es schon selber tun - der Staat schenkt ihm nichts. Der Staat verspricht ihm auch nicht, daß er sein Glück erreicht, nur daß er es anstreben darf und, wenn es ihm gelingt, daß er es behalten darf.

Zunächst: Wer meint, daß in Amerika die Verfassung einem das Glücklicherweise verspricht, der hat 'Amerika' grundsätzlich nicht verstanden. Die Europäer, die sich da in einem neuen Kontinent niederließen, waren von einem ererbten Mißverständnis sehr schnell befreit: Es gibt keinen großen Brotlaib im Besitz von irgendwelchen Menschen, von dem 'sein Teil' zu bekommen der Mensch berechtigt sei. Es war dort drüben offenbar, daß der Staat, wenn er einem etwas geben wollte, es jemand anderem wegnehmen mußte. Der Pfennig, den einer bekommt, ohne ihn verdient zu haben, ist (im Grunde) allemal ein Pfennig, den ein anderer verdient hat, ohne ihn zu bekommen. Und wenn der Staat einem ein spezielles Recht gibt, etwa Zugang zu eigenem Land oder zu einem Bodenschatz, versagt er allen anderen eben dieses Recht.

In der obigen Deklaration wird festgestellt, daß der Mensch von Natur her das Recht hat, Eigentum zu erwerben und zu besitzen. Dieses Recht ist eine notwendige Folge der Freiheit des Menschen: Wer gar nichts hat, ist ein Sklave derer, die ihm geben können, was er braucht."

Über die Internationale Arbeitsorganisation (IAO oder ILO) berichtet Dirk Schütz im TAGESSPIEGEL vom 24. 3. 1993:

"Grundlage der 1919 gegründeten IAO, die später die erste Sonderorganisation der Vereinten Nationen wurde, ist die 'Erklärung von Philadelphia' aus dem Jahr 1944.

'Alle Menschen, gleich welcher Rasse, welchen Glaubens oder welchen Geschlechts, haben das Recht, materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung unter gleich günstigen Bedingungen in Freiheit und Würde und wirtschaftlicher Sicherheit zu erstreben', heißt es. Und weiter: 'Armut, wo immer sie besteht, gefährdet den Wohlstand aller.' "

Versuch Gedanken in lesbaren Text einzufangen

Den Spruch „Alles hängt mit allem zusammen!“ habe ich in den letzten Tagen wieder mehrmals gehört oder gelesen. Dass der Satz nicht stimmt, kann man nicht beweisen, da uns Menschen nicht gegeben ist, alles Geschehen und Seiende auseinander zu nehmen, um nach ihren Zusammenhängen zu suchen und zu prüfen. Darf man aber sagen, der Satz stimmt auch, wenn man nur wenige Zusammenhänge erkennt, aber nicht mal in der Lage ist, die eigenen Erkenntnisse so zu beschreiben, dass sie für andere nachvollziehbar sind? Wenn man es doch wagt, schleicht sich leicht ein Gefühl der Unredlichkeit ein. Aber dieses Gefühl konkurriert mit dem der Feigheit, wenn glaubt, für ein Urteil nicht zuständig zu sein. Mir ist das so ergangen, als ich zum Ausdruck gebrachte habe, dass das Elend, das der Nationalsozialismus in die Welt gebracht hat, letztlich verursacht wurde durch die geistige Gefangenschaft der Sozialdemokraten im Marxismus und das Verharren der bürgerlichen Parteien in der Vorstellung, nur eine Goldwährung könne ein sicheres kaufkraftbeständiges Geld bringen. Dadurch wurde ein sachgerechtes ökonomisches Handeln verhindert und der Untergang der Weimarer Republik eingeleitet. Ähnlich ist es bei der Idee von der Sozialen Marktwirtschaft, die von den staatstragenden Parteien in der Wirklichkeit zu einem Zerrbild verfälscht wurde.

In gleicher Richtung geht der Vorwurf, Länder wie Deutschland, in denen die Erkenntnisse von einer Bodenrechtsreform – die weltweit zur Bekämpfung von Hunger, vom Hungertod und zur Vermeidung von Kriegen um Land und Bodenschätze und Erlangung der Glaubwürdigkeit der allgemeinen Menschenrechte notwendig sind – schon mehrere Generationen vorliegen, aber nicht einmal generell im Lehrplan für Ökonomen in den Hochschulen auftauchen und aus parteipolitischen oder ideologischen Gründen unterdrückt werden.

9 Millionen Menschen sterben jährlich den Hungertod meldet Wikipedia.

Als Welthunger wird die Situation beschrieben, dass viele Menschen auf der Welt nicht genügend Nahrungsmittel zur Verfügung haben. Jährlich sterben weltweit etwa **9 Millionen** Menschen an Hunger.

Die Welthungerhilfe meldet 733 Millionen hungernde für das Jahr 2023.

<https://www.welthungerhilfe.de/hunger>

Auf einer der Darstellungen zum Thema sah ich ein Bild von [Annalena Baerbock](#). Als die freiwirtschaftlichen Mit-Gründer der GLU-Niedersachsen, der Grünen zur Europawahl und der GRÜNEN 1980 das Thema Bodenrecht in die Debatte warfen, wurde ihnen von den marxisti-

schen Freunden – den größten unfreiwilligern Unterstützern des Kapitalismus – verdächtigt, sie würden von der Blut- und Boden-Ideologie der Nazis sprechen. Der letzte Sozialdemokrat, der noch das Thema Bodenrecht öffentlich ansprach, war Hans-Jochen Vogel³. Ich habe noch nicht wahrgenommen, dass den SPD-Mitgliedern, sein geistig-politischer Nachlass näher gebracht wurde. CDU/CSU machen den Eindruck, als glaubten sie, sie könnten das Problem durch das Verschweigen aus der Welt schaffen. Die FDP glaubt anscheinend, dass die Wähler nicht merken, dass sie mit ihrem verkrüppelten Liberalismus für eine kleine Auswahl von Bürgern programmatisch hinken und sich dadurch im Wirken für Freiheit und Gerechtigkeit überflüssig machen.

Unter der Ziffer 177.12.2 habe ich folgenden Text eingestellt:

Informationen für Kultur, Wirtschaft und Politik „Sonderausgabe für die Opfer der westlichen ‚Entwicklungsländer‘ von Herbert H. K. Müller 1961. Er beschreibt, warum in Afrika so viele Menschen hungern und an Hunger sterben. Unter der Kennziffer 177.5 habe ich Informationen über die Bodenreformer Henry George, Adolf Damaschke u. a. eingestellt.

Anfang der achtziger Jahre habe ich schon mit anderen darüber diskutiert, wie wohl die Bundesrepublik darauf reagiert, wenn der Hunger und der Krieg die Menschen, die der Drangsal entfliehen wollen, die Wohlstandsinsel Deutschland erreichen wollen. Damals ist mir die Flucht über das Mittelmeer nicht eingefallen. Ich dachte an gekaperte Schiffe, die menschliche Fracht im Tiefseehafen Wilhelmshaven in großer Zahl ausspucken würden.

Ich halte nicht viel von dem Bemühen, dass Deutsche und Deutschland sich für alle Übel in der Welt als schuldige Verursacher fühlen sollen. Aber da, wo Erkenntnisse, die angewandt Millionen oder gar Milliarden Menschen ihr Los erleichtern könnten, nicht beachtet oder gar unterdrückt werden, da entsteht eine riesige Schuld. Und es ist nun mal so, dass Lösungen für Weltprobleme erst einmal in einzelnen Köpfen entstehen, und dann Inseln der Wissenden bilden, die geographisch zugeordnet werden können. Wenn dann mit Henry George in den USA, Mit Franz Oppenheimer, Adolf Damaschke, Silvio Gesell in Deutschland diese Erkenntnisse weder wissenschaftlich noch politisch beachtet oder gar unterdrückt werden und so Kriege und Hunger zu einem Dauerzustand gemacht werden, dann ist das ein riesiges Verbrechen, dass

3 Hans-Jochen Vogel <https://www.sozialoekonomie.info/archive/archiv-geld-und-bodenreform.html>

den Holocaust in den Schatten stellt. Die Bedrängnis von Deutschland und Europa mit unerwünschte Einwanderung muss als Ergebnis der Schuld aus Unterlassung von Reformen – die ihren Namen auch verdienen – begriffen werden.

Ich füge jetzt die Erläuterung des Begriffes Freiland von Gesell ein und mache dann meine Anmerkungen dazu:

Der Sinn des Wortes Freiland.

1. Der Wettstreit unter den Menschen kann nur dann auf gerechter Grundlage ausgefochten werden und zu seinem hohen Ziele führen, wenn alle Vorrechte auf den Boden, private wie staatliche aufgegeben werden.
2. Der Erde, der Erdkugel gegenüber sollen alle Menschen gleichberechtigt sein, und unter Menschen verstehen wir ausnahmslos alle Menschen – ohne Unterschied der Rasse, der Religion, der Bildung und körperlichen Verfassung. Jeder soll dorthin ziehen können, wohin ihn sein Wille, sein Herz oder seine Gesundheit treibt. Und dort soll er den Altangesessenen gegenüber die gleichen Rechte auf den Boden haben. Kein Einzelmensch, kein Staat, keine Gesellschaft soll das geringste Vorrecht haben. Wir alle sind Altangesessene dieser Erde.
3. Der Begriff Freiland läßt keinerlei Einschränkungen zu. Er gilt unbeschränkt. Darum gibt es der Erde gegenüber auch keine Völkerrechte, keine Hoheitsrechte und Selbstbestimmungsrechte der Staaten. Das Hoheitsrecht über den Erdball steht dem Menschen, nicht den Völkern zu. Aus diesem Grunde hat auch kein Volk das Recht, Grenzen zu errichten und Zölle zu erheben. Auf der Erde, die wir uns im Sinne von Freiland nur als Kugel vorstellen können, gibt es keine Waren-Ein- und Ausfuhr. Freiland bedeutet darum auch Freihandel, Weltfreihandel, die spurlose Versenkung aller Zollgrenzen. Die Landesgrenzen sollen nur einfache Verwaltungsgrenzen sein, etwa wie die Grenzen zwischen den einzelnen Kantonen der Schweiz.
4. Es folgt aus dieser Freiland-Erklärung auch ohne weiteres, daß die Ausdrücke "englische Kohle, deutsches Kali, amerikanisches Petroleum" usw. nur die Herkunft dieser Erzeugnisse bezeichnen sollen. Es gibt keine englische Kohle und kein deutsches Kali. Denn jeder Mensch, gleichgültig welchem Staate er angehört, hat das gleiche Recht auf die "englische Kohle", das "amerikanische Erdöl" und das "deutsche Kali".
5. Die Übergabe des Bodens an die Bebauer erfolgt auf dem Wege der öffentlichen Pachtversteigerung, an der sich jeder Mensch beteiligen kann, und zwar ausnahmslos jeder Bewohner der Erdkugel.
6. Das Pachtgeld fließt in die Staatskasse und wird restlos in Monatsbeträgen unter die Mütter nach der Zahl der Kinder verteilt. Keine Mutter, einerlei woher sie kommt, kann von diesen Bezügen ausgeschlossen werden.
7. Die Einteilung des Bodens richtet sich ganz nach den Bedürfnissen der Bebauer. Also kleine Ackerteile für kleine Familien und große Ackerteile für große Familien. Auch große Landstrecken für Genossenschaften, für kommunistische, anarchistische, sozialdemokratische Kolonien, für kirchliche Gemeinden.

8. Die Völker, Staaten, Rassen, Sprachgemeinschaften, religiösen Verbände, wirtschaftlichen Körperschaften, die auch nur im geringsten den Freilandbegriff einzuengen suchen, werden geächtet, in Bann getan und für vogelfrei erklärt.
9. Die Ablösung der heutigen Privatbodenrente erfolgt auf dem Wege der vollen Entschädigung durch Ausgabe einer entsprechenden Summe von Staatsschuldscheinen.

Veröffentlicht in:

Freiland, die eherne Forderung des Friedens.

Vortrag gehalten in Zürich am 5. Juli 1917 von Silvio Gesell

- a) Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Auflage von 1946, Seite 78 bis 91 und 92
- b) Gesammelte Werke, Band 11, 55 bis 76
- c) Gesammelte Werke + Register + Bonusmaterial auf CD

Informationen zur Entstehungsgeschichte der CD unter:

<http://www.nwo.de/gesellcd.htm>

_

Das, was Gesell dem Begriff Freiland zugeschrieben hat, ist in sich schlüssig ⁴, kann aber nach meiner Einsicht vorläufig nur als Zielgröße verwendet werden, denn alleine schon die Vorstellung, dass allen Menschen die Erdschätze dieser Welt mit gleichem Recht zustehen, und zur die Nutzung der Meere und des Luftraumes, benötigt, dann gehört zur friedlichen Durchsetzung ohne zusätzliche Kriege viel Zeit und viel, sehr viel Aufklärung dazu. Alleine schon der Gedanke der offenen Grenzen ohne Zugangskontrolle bedeutet, dass auf eine soziale Absicherung durch staatliche kollektive Zwangssysteme und auf staatliche Zuwendungen für Zuwanderer verzichtet werden muss, denn es spricht sich immer schnell herum, welcher Staat sich am meisten verpflichtet fühlt, hungernde und ihr Glück suchende Menschen zu speisen und nicht eingeladenen Gästen Geld ohne Gegenleistung zu geben. Daraus kann man Flüchtlingen keinen Vorwurf machen. Sie handeln da ganz rational oder glauben nur, was ihnen wiederholt (auch von Schleusern) gesagt wurde. Dass das Geld für die Deckung der Kosten, die das verursacht, den Wert schaffenden Bürgern vom Lohn abgezogen wird, wird mit dem Hinweis, der Staat zahlt, vernebelt und trägt so zum Unwohlsein unserer Gesellschaft bei.

4 Bei der Rückverteilung der Bodenrente an die einzelnen Menschen wird heute eine pro Kopf-Verteilung gegenüber der Verteilung nach Kinderzahl an die Mütter als gerechter und an die Allgemeinen Menschenrechte besser angepasst empfunden. Gesell ging von der Mütter-Leistung aus, die dafür sorgt, dass es überhaupt eine Boden-Rente gibt.

Die Auswanderung aus den Personen abgebenden Ländern muss dadurch gebremst werden, dass das ökonomische Gefälle zwischen armen und reichen Ländern nivelliert wird, damit das Trägheitsmoment der Menschen greift und nur Wanderungsbewegungen in einem Umfang entstehen, die den Aus- und den Einwanderungsländern nutzen und nicht schaden. Diese erforderliche Nivellierung des Wohlstandsniveaus bei Vermeidung eines Bürgerkrieges kann aber nicht dadurch erreicht werden, dass alle beteiligten Länder im Elend leben.

Heute, am 26. August, weist die HAZ wie folgt auf eine Dokumentation hin:

Jessy Wellmer (44) ist „Tagesthemen“-Moderatorin. Am Montag um 20.15 Uhr strahlt die ARD ihre dritte TV-Reportage aus. Während sich ihr Kollege Ingo Zamperoni auf die USA spezialisiert hat, wählte die Mecklenburgerin aus Güstrow die Themen Ost-West und Demokratiekritik. In ihren ersten Reportagen widmete sich Wellmer den Fragen, warum Ostdeutsche einen anderen Blick auf Russland und den Ukraine-Krieg haben als Westdeutsche, und dem Thema „Hört uns zu! Wir Ostdeutsche und der Westen“. Dazu erschien ihr Buch „Die neue Entfremdung“. Nun stellt Wellmer die Frage „Machen wir unsere Demokratie kaputt?“.

Michael Meyer leitete sein dazugehöriges Interview wie folgt ein:

Frau Wellmer, was ist die Grundthese Ihrer Doku?

Das Filmteam und ich sind durch Deutschland gereist, vor allem durch Sachsen und Thüringen, wo jetzt gewählt wird, aber auch nach Köln und Berlin. Wir haben überall Menschen getroffen, die – aus verschiedenen Gründen – den Eindruck haben, die Demokratie, unsere Form der Kompromiss- und Entscheidungsfindung funktioniert nicht mehr richtig. Da gibt es welche, die sagen: Das ist gar keine Demokratie mehr! Und andere, die finden, die Stimmung ist so aufgeheizt, der Hass so groß, dass ein vernünftiges Miteinander, dass politische Arbeit kaum noch möglich ist. ...

Nun in diesem Jahr wird zunehmend über die Unzufriedenheit der Bürger mit der Politik geschrieben und geredet. Ich vermute, diese Unzufriedenheit ist auch bei den Akteuren vorhanden, den die Ursachen dafür zugeschrieben wird. Und selbst für die Berichterstatter dürfte es mehr sein als die Gezeiten im Strom der Nachrichten mit ihren auf- und ablaufenden Wasser (= Themen, die nachplappernd aufgegriffen werden.). Bissig kommentiert, könnte man sagen, den Schäfern in der Politik gelingt es nicht mehr mit ihren Wachhunden (dem Verfassungsschutz und den ausgewählten und unauffällig geschmierten Berichterstattern) die Bürger, die sich doch mehrheitlich als politische Schafherden gebärden, selbstzufrieden weiden zu lassen. Zunehmend mischen sich Wölfe (Probleme und nonkonforme Berichterstatter) ein und erzeugen Unruhe. Auch dass die Politik der etablierten Parteien nicht die Existenz der AfD als eine negative Bewertung ihres eigenen Wirkens verstehen können und ihr die Fähigkeit zuschreiben, unsere Republik mit der Kraft zu zerstören, die sie selber an den Tag legen, trägt zur Verdrossenheit bei.

Und der zitierte Satz von Jessy Wellmer: „... unsere Form der Kompromiss- und Entscheidungsfindung funktioniert nicht mehr richtig.“ stimmt doch. Wenn Kompromisse mehr Probleme schaffen als lösen, dann ist es ratsam ein bestehendes Problem stehenzulassen, bis eine wirkliche Lösung gefunden oder durchgesetzt werden kann. Und unsere Parlamente müssen dann auch so gestaltet werden, dass sie ihre Rolle als Legislative auch ausfüllen können und die Regierungen sich mit der Rolle der Exekutive bescheiden müssen. Alles deutet darauf hin, dass die Deutschen ihren Verfassungsfindungsprozess, um den sie betrogen wurden, nachholen müssen. Den Beitrag von Jessy Wellmer habe ich mir angesehen. Ich fand ihn ganz gut, bis auf ihr Nachhaken, der in etwa so ausgedrückt wird: „Der Verfassungsschutz hat doch die AfD als extrem rechtsradikal eingestuft, wie verhalten sie sich da?“ In diesem Betrag und auch in vielen anderen Veröffentlichungen, wird immer so getan, als sei der Verfassungsschutz die letzte Instanz für das Urteil „politisch korrekt“ oder „falsch“. Es mag sein, das Geheimdienste manchmal auch nützlich sind, aber schon dadurch, dass sie im Geheimen arbeiten, sind sie eine Gefahr für eine offene Gesellschaft. Schon dadurch, dass sie den Regierenden verpflichtet sind und nicht den Bürgern, sind sie ein Fremdkörper in der Demokratie. Zu vermuten ist, dass Menschen, die bei Geheimdiensten in Demokratien eine Arbeit suchen, ähnliche Neigungen haben, wie jene, die in der Vergangenheit bei der Stasi oder Gestapo ihr Brot verdienten. Wo war der Verfassungsschutz, als unser Politiker auf den Ebenen von Regierungen, Parlamenten und Parteien das Grundgesetz verraten haben? Da liegt vermutlich gar kein böser Wille vor, weder auf der einen noch auf der anderen Seite, sondern nur eine nebelhafter Begriff von Freiheit und Demokratie.

Ich habe neulich im NDR-Fernsehen „Willy - Verrat am Kanzler“, ein Film von Jan Peter und Sandra Naumann angesehen:

Der Film rekonstruiert die folgenschwerste Spionageaffäre der Bundesrepublik Deutschland, ein Politthriller, das erste Mal aus Frauensicht erzählt. Er taucht ein in die undurchsichtige Welt der Spionage und politischen Intrigen des Kalten Krieges. Anfang der 1970er-Jahre entschlüsselt der BND eine alte, geheime Nachricht an einen Ostagenten im Westen. Die Message, Glückwünsche zur Geburt des Sohnes, führt in die Nähe des Kanzlers: Brandts Referent Günter Guillaume gerät ins Visier. Am 24. April 1974 wird er zusammen mit seiner Frau als Spion der DDR festgenommen. Das Ende einer Agentenkarriere.

Wenn ich die Geschichte richtig verstanden habe, hat der Verfassungsschutz den Vorgang unnötig zum Schaden des damaligen Bundeskanzler Willy Brand auflaufen lassen.

<https://www.ndr.de/fernsehen/Willy-Verrat-am-Kanzler,sendung1464874.html>

Heute meldet die HAZ:

Land plant mehr Befugnisse für den Verfassungsschutz / Niedersachsens Innenministerin Behrens kündigt eine Reform an. Die Grünen wollen mehr parlamentarische Aufsicht, die CDU will mehr Überwachung.

„Mehr parlamentarische Aufsicht“ ist ja schon mal ein positives Signal, trotzdem lösen mehr Befugnisse für den Verfassungsschutz und weitere Gesetze die Probleme nicht. Der Verfassungsschutz ist nicht das richtige Organ, auch inhaltlich und instrumentell nicht in der Lage, die Fehlentwicklungen in unserer Republik entgegenzusteuern. Es wäre schon ein Vorteil – auch für die Mitarbeiter des Verfassungsschutzes – wenn sie offen die Messlatte für die Bewertung verfassungstreu und verfassungsfeindlich offenlegen würde.

Noch eine relevante Meldung zur Verfassungslage aus der HAZ von heute, ein Beitrag von Simon Benne:

Mehr als 50 Millionen Euro für Kirchen

Ministerpräsident Weil will an sogenannten Staatsleistungen des Landes auch künftig festhalten.

Allein in diesem Jahr überweist das Land Niedersachsen mehr 43 Millionen Euro an die evangelischen Landeskirchen. Die katholischen Bistümer bekommen rund 11 Millionen Euro. Keine Kirchensteuern wohlgerne, die allein von Mitgliedern bezahlt werden, sondern sogenannte Staatsleistungen, die auch Konfessionslose durch ihre Steuern mitfinanzieren.

Teils resultieren diese Zahlungen aus jahrhundertealten Verpflichtungen. Insgesamt zahlten die 14 beteiligten Bundesländer – Hamburg und Bremen gehören nicht dazu – den Kirchen zuletzt insgesamt rund 550 Millionen Euro im Jahr. Die Parteien der Ampelkoalition im Bund wollen nun ein Gesetz zur Ablösung dieser Staatsleistungen auf den Weg bringen.

„Es geht darum, die finanziellen Verflechtungen zwischen dem Staat und den Kirchen zu kappen“, sagte der religionspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Lars Castellucci, der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Das Gesetz soll demnach so gestaltet sein, dass der Bundesrat nicht zustimmen muss. Die Länder hatten sich bisher einhellig gegen die Ablösung der Staatsleistungen gestellt – und kritisieren den Ampel-Vorstoß nun auch vehement. ...

... Ihren Ursprung haben die Staatsleistungen im Jahr 1803, als weltliche Fürsten sich im Zuge der napoleonischen Kriege kirchlichen Besitz aneigneten – und zum Ausgleich zahlen mussten. Die Verfassung der Weimarer Republik legte 1919 fest, dass die Staatsleistungen „abgelöst“, also beendet werden sollten. Dies wurde 1949 ins Grundgesetz übernommen – doch umgesetzt wurde es nie.

Worum geht es hier:

1. Darum, dass Länder-Verfassungsorgane bewusst ein Verfassungsauftrag, der schon in der Weimarer Republik nicht beachtet wurde aber in das Grundgesetz übernommen wurde, nicht beachtet wird.
2. Es liegt der Verdacht vor, dass die Parteien ihre Wahlergebnisse nicht dadurch verschlechtern wollen, dass sie die Kirchen finanziell an der kürzeren Leine nehmen wol-

len. Die Hinweise auf die schwierige Kassenlage der Länder, die bei der Verpflichtung Abfindungssummen an die Kirchen zahlen zu müssen, dürfte nur „ein bisschen“ ehrlich sein.

3. Hier wird deutlich, das auch demokratische Regierungsformen nicht davor schützen künftige Generationen für gegenwärtige Interessen zu verpflichten.
4. Die Frage ist, ob in dem historischen Vorgang, überhaupt von Enteignung gesprochen werden kann, da das Kirchengvolk praktisch identisch mit dem Staatsvolk war. Man müsste meiner Meinung nach von einer nicht ganz freiwilligen Übertragung von Verfügungsrechten von Kirchenfürsten auf weltliche Fürsten sprechen. Ob dadurch das identische Kirchen- und Staatsvolk einen Nachteil gehabt hat, habe ich noch nichts vernommen.
5. Wenn Kirchen aus diesen alten Rechten noch Ansprüche geltend machen können, dann müssten alle Institutionen und Personen alte Verbindlichkeiten⁵ des Staates ebenso geltend machen können. Man darf nicht vergessen, das der Staat in seiner verschiedenen Gestalt sich durch Inflationen, für die er verantwortlich ist, immer wieder sich entschuldet und die Gläubiger geschädigt hat.
6. Den Kirchen stände es gut an, wenn sie auf diese zweifelhaften Forderungen verzichten würden, um nicht ihr Glaubwürdigkeit ganz zu verlieren.
7. Die HAZ meldet auch:

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Günter Krings hat unterdessen einen anderen Vorschlag ins Spiel gebracht: Er regt an, nicht die Staatsleistungen zu streichen – sondern den Passus im Grundgesetz, der ihre Ablösung fordert.

Hier offenbart sich ein unterentwickeltes Verfassungsverständnis, das die Grenze zwischen erlaubt und nicht verboten verwischt. Ähnliches vermittelt auch der folgende Satz: „Das Gesetz soll demnach so gestaltet sein, dass der Bundesrat nicht zustimmen muss.“

ooo

Aufgrund des Attentats in Solingen habe ich gestern nach dem Dokumentarfilm von Jessy Wellmer auch die Sendung *Hart aber Fair* mit Louis Klamroth und danach die Tagesthemen angeschaut. Es war wohl in den Tagesthemen, wo berichtet wurde, wie Dänemark auf die Überlastung ihres Sozialsystems durch Flüchtlinge reagiert hat. Da staatliche Sozialsysteme nicht für offene Grenzen konstruiert sind, waren die Probleme, die sich mit der unkontrollier-

⁵ Auch solche Ungerechtigkeiten, die aus einen unzureichenden Lastenausgleich nach den Weltkriegen und aus Inflationen – für die der Staat verantwortlich ist – entstanden sind.

ten Einwanderung ergeben auch schon vor einem halben Jahrhundert erkennbar. Das, was mit dem Asylrecht von den Verfassern des Grundgesetzes gemeint war, wurde mehr als großzügig interpretiert und gebietet unserer Gesellschaft in dieser Form, dass sie sich für die Flüchtlinge zwangsweise aufopfern muss. Eine freie Entscheidung darüber wird den Bürgern der Bundesrepublik nicht gelassen.

Andererseits hat die BRD und die EU wenig dafür getan, dass die Flüchtlingsströme überhaupt entstanden sind. Außerdem wird zu wenig gefragt und untersucht: a) Welche Informationen und Erwartungen (neben den Tatbestand, dass sie hungern, in Armut verharren oder verfolgt werden) beflügeln die Flucht nach Europa und speziell nach Deutschland. b) Mit welchen Versprechungen locken die Schleuser die Flüchtlinge, wie sind sie organisiert und werden sie evtl. von den Regierungen der Herkunftsländer unterstützt? c) Wie finanzieren Flüchtlinge ihre Flucht. d) Welche Wirkung hat die privatrechtlich organisierte Rettung im Mittelmeer auf den Mut zur Flucht und auf den Preis der Schleuser? e) Was bewirkt die durchgestandene Flucht bei den Flüchtlingen und ihr untätiger Wartezustand in der Zeit zwischen Ankunft in Deutschland und der Anerkennung als Asylberechtigter (und ihre erste Arbeitsaufnahme) oder mit dem Urteil »nicht berechtigt« eingestufte im Duldungszustand oder das tatsächlichen Abschiebe- oder Rückführungsdatum?

Die Zwischenzeiten der Flüchtlinge müssen möglichst kurz sein und mit sinnvollem Tun ausgefüllt werden, sonst entwickeln sie sich als Belastung für die Flüchtlinge selbst und für die aufnehmende Gesellschaften.

Ein Steuermann, der bei einem der westlichen Sieger im oder nach dem Krieg in der Gefangenschaft war, erzählte mir Anfang der 50er Jahre des vorigen Jahrhunderts, dass die größte Belastung der Gefangenschaft darin bestanden hätte, dass die Gefangenen nicht arbeiten durften und konnten. Auf die Flüchtlingssituation heute angewandt, wäre es humaner und lehrreicher, wenn Flüchtlinge hart für ihre Unterkunft in der Wartezeit arbeiten müssten, damit sie merken, das Deutschland (oder Europa) kein Land ist, wo die Milch und der Honig ohne eigene Mühe fließt. Das zwangsweise Herumgammeln in einer – in Bezug auf Dauer und Erfolg – ungewissen Zeit kann schon der Grund für ein kriminelles Verhalten werden. Die kriminelle Tat ist dann eine Erlösung von einer unerträglich gewordenen inneren Spannung. Man sollte vorsichtig sein, mit der Zurechnung solcher Taten zur Terrorgruppe „Islamischer Staat“. Diese Gruppe kann mit dem Bekenntnis, sie sei letztlich der Verursacher, billiger und fälschlicher-

weise ihre Macht demonstrieren, auch dann, wenn sie nichts zu dem Vorgang beigetragen hat.

Es war wohl Lina Herzog, die in der Sendung *Hart aber Fair* darauf hinwies, das mit der Zustimmung zur AfD die anderen Parteien getroffen werden sollen, damit bzgl. einer besseren Gesellschaftsgestaltung aus ihren Schneckenhäusern kommen. Diesen Eindruck habe ich schon lange. Es ist ähnlich mit dem Gebrauch von Begriffen, die als antisemitisch gelten. Es sind wohl die einzigen Begriffe, mit der noch politische Reaktionen erzeugt werden können. Dann wurde auch von einer Teilnehmerin oder Teilnehmer gesagt, dass die AfD von einer Schuld kult spreche, den könnten sie von mir übernommen haben. Ich habe den Begriff in Abwechslung mit Schuldreligion auch benutzt. Diese Begriffe sagen in meiner Version nur, dass alle Schuld die im deutschen Namen entstanden ist durch ihre ständige Wiederholung mit Zwangscharakter nicht getilgt werden können. Und was nicht beachtet wird, die ständige Erinnerung ist keine Garantie gegen das Geschehen einer neuen Schuld. Der Schuld kult erzeugt aber einen Widerwillen gegen die, die ihn ständig zelebrieren. Und was der Schuld kult verdeckt oder – schlimmer – verdecken soll, ist die Schuld der Demokraten, die das Naziregime erst ermöglicht haben.

Bin ich nun ein Freund der AfD jener Art? Ich denke nein. Da ich aber ein Freund der Freiheit und der Demokratie bin, erkenne ich ihr Recht auf Existenz an. Wer will, dass sie von der Bildfläche verschwindet, soll es nicht mit der Verleugnung ihr Daseinsrecht versuchen, sondern mit einer Politik jener Art, die bevorzugt wird vor jener, die die AfD bietet und vom Wähler bevorzugt und durch Zustimmung honoriert wird. Wenn vom Hass der AfD auf andere Parteien gesprochen wird, dann sollte nicht vergessen werden, dass der Hass in entgegengesetzter Richtung nicht besser ist und einen viel größeren Raum der Verbreitung zur Verfügung steht.

Wenn den nachwachsenden Generationen nicht zugebilligt wird, unschuldig in das Erwachsensein hineinzuwachsen, sondern versucht wird, ihnen eine Erbschuld einzupflanzen, dann ist eine Schlagzeile wie die folgende nicht verwunderlich.

Jugendliche mögen oft Extremisten

Studie belegt, dass Grüne sogar Angst erzeugen – AfD und BSW im Osten besonders beliebt.

Es ist der Titel eines Beitrages von Josefine Nord in der HAZ vom 27. 08. 2024. Zu lesen ist

dort:

Berlin.

Sich politisch links einordnen und trotzdem rechts wählen – unter Erstwählerinnen und -wählern in Thüringen, Sachsen und Brandenburg ist das keine Seltenheit. Das Institut für Generationenforschung unter der Leitung von Psychologin Rüdiger Maas stellte dazu eine neue Studie vor: Mit Blick auf die kommenden Landtagswahlen wurden rund 1000 junge Menschen aus Ostdeutschland im Alter von 16 bis 25 Jahren zu ihren Ängsten und Wünschen und zu ihrem Wahlverhalten befragt. Zum Vergleich gab es eine westdeutsche Kontrollgruppe. Im Mittelpunkt: die Motivation hinter der Wahlentscheidung junger Leute zu beleuchten.

Dabei war besonders auffällig, dass junge Erstwähler in Deutschland das klassische Verständnis von links und rechts in der Politik eher ablehnen. Gerade deswegen sei das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) bei den jungen Menschen so beliebt, folgern die Forscher und Forscherinnen. Dennoch liegen CDU und AfD bei den jungen Wählern vorne. 30 Prozent der Befragten im Osten und ein Viertel derjenigen im Westen gaben an, Angst vor den Grünen zu haben. Sie würde als extremistisch und Verbotspartei wahrgenommen werden.

Rüdiger Maas sieht den dringenden Wunsch nach Wandel. „Junge Wähler und Wählerinnen sehen in Parteien wie AfD und BSW die Möglichkeit eines radikalen Wandels. Der steht bei der Wahlentscheidung an erster Stelle, unabhängig davon, wie er genau aussehen wird.“

Die Jugendwahlstudie zeige eine Generation, die sich von traditionellen politischen Einordnungen löse und sich immer mehr zu Extremen hingezogen fühle. Parteien, die klare Positionen einnehmen und auf Social Media stark präsent seien, hätten bei jungen Wählern aktuell die besten Chancen. ...

Wird da von einer willkürlichen, launischen Abwendung junger Menschen von den etablierten Parteien berichtet oder von dem Versagen der „soliden“ Parteien, die ihre Orientierung auf ein lohnendes Ziel hin, verloren haben?

000

Neulich gingen mir die Meldungen über die Stationierung durch die weitreichenden US-Raketen, die eine Abschreckung gegen Aggressionen von Russland bewirken sollen durch den Kopf. Was haben wir für eine Demokratie, in der ein Bundeskanzler beschließt, dass ein anderer Staat seine Raketen für seine Politik bei uns stationieren kann. Dass er beschließen kann, Tatbestände zu schaffen, die uns mehr gefährden als schützen ohne dass er dazu vom Parlament oder einem Volksentscheid ermächtigt wurde? Ein solche Entscheidung torpediert auch die Europapolitik, die eine selbstbestimmte Verteidigung für Europa ohne Abhängigkeit von den USA aufbauen möchte. Da ich die Zeitungsartikel zu dem Thema nicht mehr zur Hand hatte, habe ich im Netz nachgeschaut und einen Beitrag des Mitteldeutschen Rundfunks gewählt, der von einer Umfrage zu diesem Thema berichtet.

Zwei Drittel der Befragten sind gegen die Pläne, im Westen Deutschlands ab 2026 weitreichende Raketen und Hyperschallwaffen zu stationieren. Eine große Mehrheit

fürchtet, die Stationierung könnte zu einem neuen Wettrüsten führen und Deutschland zu einem Angriffsziel machen. Das sind zwei Ergebnisse des aktuellen MDRfragt-Stimmungsbildes aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit fast 24.000 Befragten.

Von [Pierre Gehmlich](#)

Viele erinnern Stationierungs-Pläne an Wettrüsten im Kalten Krieg

"Schwerter zu Pflugscharen! Waffen sind nie ein guter Garant für Frieden", schreibt Ursula (71) aus dem Unstrut-Hainich-Kreis. Und Sabine (58) aus dem Landkreis Meißen kommentiert: "Es gab mal ein Motto: Frieden schaffen ohne Waffen". Die beiden MDRfragt-Teilnehmerinnen verweisen wie auch viele andere Befragte auf die Friedensbewegungen in den Jahren vor und nach 1980 als Reaktion auf das [Wettrüsten im Kalten Krieg](#). Damals hatten sehr viele Menschen Angst, Europa könnte zu einem nuklearen Schlachtfeld werden. Auch Elke (68) aus Leipzig lehnt die Stationierung ab und verweist dafür ebenfalls auf die jüngere Geschichte: "Es darf nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen! Diese Gefahr besteht jedoch. Mehr noch: Die Gefahr eines Weltkrieges wächst damit stetig und davor habe ich Angst!" Einige Befragte weisen [auf den INF-Vertrag hin](#), mit dem 1987 das Wettrüsten im Kalten Krieg beendet werden konnte. Im Februar hatten die USA das Abkommen aufgekündigt und das mit dem Vertragsbrüchen durch Russland begründet. ...

<https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/politik/mdrfragt-umfrage-ergebnisse-waffen-raketen-stationieren-nato-100.html>

Die ganze Sache erinnert mich an einen Vorgang aus der Vergangenheit. Die Zeitschrift *Psychologie heute* (2 / Februar 1984) berichtete darüber. Der Artikel lautet ***Asche auf unser Haupt – Was schulden wir Amerika?*** Die Verfasser sind: Peter Rubeau und Wolfgang Westermann. Der berufliche Hintergrund wird am Schluss des Artikels von der Redaktion dargestellt. Im Inhaltsverzeichnis ist zu lesen:

Raketen / Für die „Verteidigung des Westens“ nehmen deutsche Politiker sogar die Vernichtung unseres Landes in Kauf. Möglicherweise hat diese Bereitwilligkeit etwas mit unserer Vergangenheit zu tun. Schulden wir heute den Amerikanern ein Opfer, weil sie uns nach dem Zweiten Weltkrieg die Sühne für die Verbrechen des Nationalsozialismus ersparten?

Ich zitiere daraus:

... Wohlgermerkt: Die Identifikation mit dem Sieger diente dazu, die eigene Geschichte und Schuld, die von den Nazis und ihren Erfüllungsgehilfen angerichteten Greuelthaten, wenigstens „vergessen“ zu können. Deswegen war es auch wichtig, sich besonders intensiv zu identifizieren. Von nun an wurde dem Sieger ähnlich blind vertraut und gefolgt wie vorher dem Führer. Indem die Bevölkerung sich illusionär mit dem Sieger, der ja in Wirklichkeit Besatzungsmacht war und ist, identifizierte, konnte sie sich einbilden, mit den gesellschaftlichen Lebensformen der Amerikaner auch den Sieg übernommen zu haben. Durch den sogenannten demokratischen Wandel wurden die allermeisten Westdeutschen scheinbar aus der persönlichen Verantwortung für die Verbrechen entlassen.

Die Identifikation ermöglichte, psychoanalytisch ausgedrückt, die Abspaltung der eigenen Mitschuld und schließlich deren Projektion auf das von den Amerikanern legitimierte Feindbild der kommunistischen Russen. Während die US-Bevölkerung sich recht

plötzlich darauf einstellen mußte, im ehemaligen Verbündeten den neuen Erzfeind zu sehen, hatten die Deutschen schon als Nazis die Russen offiziell hassen dürfen. Diesbezüglich war der Boden also bei den frisch gebackenen Demokraten bestens vorbereitet. Nun war es geradezu eine nationale Gefolgschaftspflicht, alles Böse und Schuldhafte auf die Russen zu projizieren.

Der Preis für die Verdrängung durch Identifikation und Projektion ist allerdings hoch: – Wenn man sein Selbstgefühl nur aus der Gleichsetzung mit den Amerikanern und deren Interessen bezieht, kann man kein eigenes Nationalbewußtsein - im positiven Sinne – entwickeln.

- Man darf keine Unterschiede mehr zwischen den Interessen der Amerikaner und denen der Deutschen sehen (Man denke nur an die beschwörenden Appelle der Regierenden, die Einheit mit dem großen Bruder, der in Wirklichkeit der Vater ist, nicht in Frage zu stellen).
- Man darf zwar abstrakt wissen, aber nicht in seiner ganzen Tragweite begreifen, daß unser „Freund“ bislang keinen Friedensvertrag mit uns geschlossen hat, sondern wir mit ihm noch im Zustand des Waffenstillstands leben.
- Man darf sich nicht eingestehen, daß die amerikanischen Atombomben von Hiroshima und Nagasaki auch Deutschland getroffen haben könnten (Die Kapitulation erfolgte im Mai 1945, technisch „ausgereift“ waren die zwei Bomben aber erst im Juli).
- Man darf auf keinen Fall die Züge von Haß und Sadismus bei den eigenen „Freunden“ wahrnehmen. Und dennoch: Die Abspaltung unerwünschter Gefühle durch Identifikation und Projektion geschieht nicht bruchlos. Zwar wird die eigene Schuld nicht mehr gespürt und so eine wahrhaftige Sühne und Trauerarbeit verhindert; untergründig allerdings wirkt die verdrängte Schuld weiter - und verlangt durch ein unbewußtes Strafbedürfnis nach Sühne.

Diese Überlegung macht, so meinen wir, überhaupt erst verständlich, warum bundesdeutsche Politiker die Amerikaner geradezu gebeten haben, die todbringenden Raketen bei uns zu stationieren. Ihr Verhalten gleicht dem eines schuldig gewordenen Kindes, das mit peinigenden Selbstvorwürfen den Vater bittet, ihm doch endlich die verdiente Strafe zu erteilen - ein infantiles Verhalten. Keine einigermaßen reife Gesellschaft fordert auf diese Weise ihre Bestrafung - oder gar Vernichtung - heraus, wie es die Deutschen tun. Horst Eberhard Richter hat das in „Alle redeten vom Frieden“ so ausgedrückt: „Den Nato-Nachrüstungsbeschluß aus freien Stücken gutzuheißen, bedeutet, daß sie alle miteinander pathologische Masochisten (wären)“,

Insofern könnte der zitierte Leserbrief an die New York Times, bei dem es einem kalt den Rücken hinunterläuft, eine geradezu bizarre Realität beschreiben: Die Deutschen bieten ihr Territorium für die todbringenden Raketen, um endlich die gerechte Strafe zu bekommen, um endlich Entlastung zu finden. Oder wie sonst könnten wir das Vabanque-Spiel unserer Politiker verstehen? ...

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/177.11.1.Ueberwindung...Kriege.20.u.21.Jahrhundert.Anhang.Psychologie.heute.pdf>

Der Bericht aus *psychologie heute* aus dem Jahr 1984 sollte nicht zu eilig gelesen werden. Meiner Meinung nach bestimmt der durch die Nazi-Herrschaft entstandene Schuldkomplex auch heute noch die deutsche Politik und das Verhältnis zu den USA und verhindert sachgerechte zu Gunsten unge-rechtfertigter Entscheidungen .

Man kann auch bei einer positiven Einstellung zu den USA festzustellen, dass deren Regierungssystem einer Machtstellung in der Welt beansprucht, die ihr von der Idee der Demokratie hergesehen nicht zusteht. Die fatale Folge ist, dass die USA durch ihren militärischen und ökonomischen Machtanspruch einen nicht gut endenden Wettbewerb um Machtzugewinn ausgelöst hat. Die USA zwingen so die anderen großen Staaten – allen voran China – und die Bündnisse kleinerer Staaten auf einen Weg, der in eine neue Hölle endet. Und die so entstandenen Spannungen können nicht militärisch gelöst werden. Deutschland, das im europäischen Verbund diesem unheilvollen Weg eine neue Richtung hätte geben können, ist dazu unfähig geworden, weil es aus seiner geschichtlichen Schuld eine dauerhafte Religion der Unterwürfigkeit geformt hat und obendrein die Erkenntnisse, die die Spannungen, die vom Kapitalismus ausgehen und die Marktwirtschaft als Frieden stiftendes Austauschsystem desavouieren ignoriert und verleugnet hat.

Bei Sebastian Hafner kann man in seinem Buch „Überlegungen eines Wechselwählers“, 1980, ist zu lesen:

Die ersten wirklichen Parteien - Parteien mit landesweiten Organisationen und örtlichen »Parteimaschinen« - tauchen in der Weltgeschichte erst hundert Jahre später auf, und zwar nicht etwa in Europa, sondern in den funkelnagelneuen Vereinigten Staaten von Amerika, in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts. Und das ist ein weltgeschichtliches Ereignis, das sich etwas näher zu betrachten lohnt. Denn nicht nur haben sich die beiden Parteien, die sich damals in Amerika bildeten, unter wechselnden Namen bis heute erhalten und sind noch immer die selbstverständlichen Träger des gesamten amerikanischen politischen Lebens; sondern auf das amerikanische Urbild bewegen sich heute, bewußt oder unbewußt, auch die ursprünglich ganz anders strukturierten Parteien der meisten Demokratien Europas zu, nicht zuletzt die der Bundesrepublik Deutschland.

Das erste, was einem Europäer an den amerikanischen Parteien, den Republikanern und Demokraten, auffällt, ist, daß sie so schwer zu unterscheiden sind. Der Europäer erwartet von Parteien immer noch in erster Linie, daß sie sich streiten; daß sie entgegengesetzte Meinungsströmungen, Klasseninteressen oder verschiedene politische Weltanschauungen vertreten. Aber die amerikanischen Parteien streiten sich eigentlich nicht; sie konkurrieren nur, wie zwei Industriekonzerne, die gleiche Produkte anbieten. Politischer Meinungsstreit über aktuelle Fragen geht in Amerika meist quer durch beide Parteien hindurch und spielt sich mehr in ihnen als zwischen ihnen ab. Ideologisch ist überhaupt kein Unterschied zwischen ihnen festzustellen. Und auch mit der Zuordnung zu Klasseninteressen hapert es. Atmosphärisch mögen die Republikaner etwas patrizischer, die Demokraten etwas plebejischer anmuten - und die Republikaner entsprechend konservativer, die Demokraten liberaler; aber wenn man näher zusieht, löst sich dieser erste Eindruck auf. (Seite 66 f.)

Nach meinem Urteil haben sich die beiden US-Parteien ⁶ sich inzwischen doch etwas ausein-

⁶ Das es noch mehr Parteien in den USA gibt, wird dadurch verdeckt, dass sie bei dem gegebenen Wahlsystem keine Chance haben in eine der beiden Kammern einzuziehen.

ander entwickelt. Die Demokraten haben Elemente des Sozialdemokratismus – eine europäische Erfindung – aufgenommen und die Republikaner nicht. Trotzdem lassen beide Parteien nicht erkennen, dass sie den Kapitalismus – der auch die US-Gesellschaft vergiftet – überwinden wollen oder können. Die US-Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris mag man sympathischer finden als Donald Trump, an dem antidemokratischen weltweiten Machtanspruch der US-Regierungsmaschine ändert das nichts.

Sebastian Haffner endet sein oben benanntes Buch wie nachfolgend zitiert. Die heutige Lage ist dadurch komplizierter geworden, dass der Machtblock Sowjetunion kleiner geworden ist und China als neuer Mitspieler auf die Bühne erschienen ist. Dieser Mitspieler macht uns zusätzlich Sorgen, weil er für den Westen ein großer Handelspartner ist, der durch seine Billigangebote ein Störfaktor der westlichen Volkswirtschaft ist. China wird vorgeworfen, dass er den Export subventioniert, nach meinen ungeprüften Eindruck sind aber die Hungerlöhne in China die Ursache. Gegen diese Verzerrung kann vom Westen aus aber nur rechtlich gekämpft werden. Die Menschenrechte sind nur ein Hilfsmittel. Hier muss man die Chinesen bei der Ehre ihrer kommunistischen Ideologie packen.

Jetzt Sebastian Haffner:

Zusammengefaßt: Seit der Jahrhundertmitte muß die Welt mit zwei Supermächten leben, die Weltvernichtungskapazität besitzen. In Europa befinden sich die beiden Supermächte seit zwanzig Jahren im Gleichgewicht, ihre Positionen sind stabil, und die europäischen Grenzen sind festgeschrieben. In der übrigen Welt herrscht kein Gleichgewicht zwischen ihnen, sondern ein ständiger Positionskampf, der immer wieder einmal örtliche Kriegsgefahren mit sich bringt. Das Leben der europäischen Völker im allgemeinen, und des geteilten deutschen Volkes im besonderen, hängt davon ab, daß es bei dieser Trennung bleibt und daß Europa nicht zur zweiten oder dritten Front eines örtlichen Konflikts in Asien, Afrika oder Lateinamerika gemacht wird, was aus einem solchen Konflikt den Dritten Weltkrieg machen würde. Mit dem gängigen Schlagwort gesagt, Entspannung muß teilbar bleiben. Das liegt übrigens auch im Interesse der Supermächte selbst, die Stellvertreterkriege und vielleicht sogar örtlich begrenzte Zusammenstöße überleben können, von einem Dritten Weltkrieg aber ihre eigene Vernichtung zu gewärtigen hätten.

Für die Bundesrepublik erwächst daraus eine doppelte Aufgabe. Sie muß das ihre dazu beitragen, daß das Gleichgewicht in Europa erhalten bleibt, auch wenn das manchmal Mut vor dem potentiellen Feind erfordert. Und sie muß verhindern, daß sie in Konflikte in anderen Erdteilen hineingezogen wird, auch wenn das manchmal Mut vor dem Freund erfordert.

Die SPD und FDP haben das erkannt, und die von ihnen getragene Regierung handelt danach. Die CDU und CSU haben sich zu der entsprechenden Erkenntnis noch nicht durchgerungen. Solange sie es nicht tun, ist die Bundesrepublik mit der amtierenden Regierung besser bedient und wäre schlecht beraten, sie gegen eine CDU/CSU-Regierung auszuwechseln. Die innenpolitischen Gründe, die allmählich für einen Wechsel zu sprechen beginnen, wiegen demgegenüber leicht.

Wie die Mahnung Haffners im Zeitpunkt des Falls des Eisernen Vorhanges und aus heutiger Sicht aussehen müsste, kann jeder, der diese Zeilen liest, selber versuchen zu formulieren. Ich kann nur aufgrund meiner Einsicht sagen, die BRD und Westeuropa haben spätestens nach dem Fall der Mauer die Chance nicht genutzt, die Welt etwas friedlicher zu machen.

Erstens hätte man die Militärbündnisse – wenn man sie für erforderlich hält – neu ordnen müssen. Für West-Europa hätte ein rein europäisches Bündnis geschaffen werden müssen, zu dem die ehemaligen westlichen Satellitenstaaten der beendeten Sowjetunion einen Zugang zugebilligt bekommen hätten.

Zweitens hätte ein Weltwährungssystem mit gleichem Zugang und gleicher Kontrolle für alle Staaten eingeführt werden müssen.

Drittens blieb eine sachgerechte Beratung beim ökonomischen Systemwechsel aus: Deutschland, Europa und der ganze Westen konnte den ehemaligen Sozialistischen Ländern keine marktwirtschaftliche Alternative bieten, sondern nur raten, den Staatskapitalismus gegen den Privatkapitalismus auszutauschen, weil sie das nötige Wissen und den Willen zu wirkliche Reformen in den „sozialistischen“ Staaten einzuführen nicht auf dem Schirm hatten.

China hat sich schon Anfang der 80er Jahre für die Marktwirtschaft interessiert und wurde durch eine Fehlorientierung und Fehlberatung durch den Westen auf die kapitalistische Schiene gesetzt und so zum Wettbewerb um Machtdominanz aufgestachelt. **Michail Gorbatschow**, (der letzte Präsidenten der UdSSR) und **Boris Nikolajewitsch Jelzin** (Von 1991 bis 1999 war er der erste [Präsident Russlands](#) und zudem das erste [demokratisch](#) gewählte [Staatsoberhaupt](#) in der [Geschichte Russlands](#).) wurden in Russland in ihrem Streben neue Ufer zu suchen – die keine Unterwerfung unter den westlichen Kapitalismus bedeuten sollte – schändlicher Weise von Deutschland in Stich gelassen. Das, was sich dann unter Wladimir Putin (Präsident der Russischen Föderation) entwickelt hat, wurde und wird mitbestimmt, durch das Machtstreben der USA und das Fehlverhalten Deutschlands und Westeuropas. Das gilt auch für den Krieg Russlands gegen die Ukraine, bei dem Deutschland durch die Waffenlieferungen und die Aufnah-

me von über eine Millionen Schutzsuchender eine Kriegspartei geworden ist. Und dieser Krieg kann für alle ein böses Ende nehmen, wenn die jetzige Politik der Nato beibehalten wird. Das Ziel kann auch nicht sein, entlang der finnischen, baltischen und polnischen Grenze einen neuen Eisernen Vorhang zu bauen, sondern nur, die Grenzen überflüssig zu machen, damit zwischen den Grenzländern ein gutes nachbarschaftliches Verhältnis entstehen kann.

Der alte Spruch „Lever dot as Sklav!“ oder in neuere Form: „Lieber tot als rot“ war und ist als Ausdruck einer Gefühlslage wohl akzeptabel, aber als angewendete Politik schon immer eine Dummheit. Nur der überlebende Mensch hat nach einem kriegerischen Konflikt die Chance, seine Wunden und die seiner Gesellschaft heilen zu lassen und dafür zu sorgen, dass Folge-Kriege überflüssig und vermeidbar werden.

Bei dem heutigen Tötungs- und Zerstörungspotential der Militärtechnik ist nicht nur der Angriffskrieg sondern auch der Verteidigungskrieg ein Verbrechen. Das gilt besonders dann, wenn Menschen (auch in Teilmengen ihrer Gesellschaft) gar nicht einsehen können, dass sie sich opfern sollen für die militärische Lösung eines Konfliktes, der nicht der ihre ist.

Wenn demokratische Staaten glauben ihre Bürger zwingen dürfen, zu den Waffen greifen (oder einen Ersatzdienst leisten) zu müssen, dann ist dieses Recht nicht besser als jenes, was sich Fürsten in vordemokratischen Zeiten zu gleichen Zwecken anmaßen.

Das soll nicht heißen, dass sich Gesellschaften alles von Invasoren gefallen lassen müssen. Nur zur Abwehr müssen nichtmilitärische Verteidigungsstrategien entwickelt werden. Für einen Angreifer kann die äußere Unterwerfung bei inneren eingeübten Widerstand mit freundlichem Gesicht gefährlicher werden, als wenn die Überfallenden sich mit allen zur Verfügung stehenden militärischen Waffen wehren. Eine eingeübten Unterwerfung kann die ganze Gesellschaft des Angreifers prozesshaft verändern.

Bei (oder vor) jedem Krieg ist offenzulegen wer die Gewinner und wer die Verlierer hinter oder außerhalb des kriegerischen Geschehens sind. Alles was zerstört wird muss durch die Arbeit wieder aufgebaut und finanziert. Das was der deutsche Staat der Ukraine an Unterstützung für ihren Krieg gegen Russland gibt, müssen die arbeitenden Menschen (zwangsweise) erarbeiten und kann zur Unterstützung der Menschen in Altersarmut und Kinderarmut, in

Schulen,, Kultur und desolaten Infrastruktur nicht eingesetzt werden. Dieser Krieg und alle anderen treiben die Kosten und das Zinsniveau in die Höhe und das beschleunigt die Umverteilungspumpe, die das Einkommen von den Armen zu den Reichen transportiert, an.

Wichtig ist auch, nicht zu vergessen, dass jeder Krieg eine Sabotage der Bemühungen zum Klimaschutz ist und in der Zeit nach dem Ende weiterwirkt. Die Trauer um die Toten, die ihr Ende durch den Krieg gefunden haben endet nicht mit dem Ende des Krieges. Kein Ende finden mit dem Ende des Krieges die Leiden der Menschen die unheilbar sind oder die Form von Verstümmelungen haben. Und dann sind nach jedem Krieg die Überbleibsel in Form von Munition, die oft das Zerstörungswerk des Krieges nach seinem Ende für eine lange Zeit fortsetzen. Bei uns müssen nach rund 80 Jahren noch Bomben unschädlich gemacht werden. In den Gewässern lagert noch Munition aus dem Ersten Weltkrieg.

Diese Zeilen sind nicht gegen die Ukrainer gerichtet, sondern gegen die Art, wie sie ihre gerechtfertigten Interessen verteidigen und dadurch die Gefahr eines neuen Weltkrieges heraufbeschwören. Und es ist auch ein milder Protest gegen unser Regierungssystem, das über die Bürger verfügt, wie Herrscher in Zeiten von Monarchien.

Zum Währungssystem und zur Inflation, die Regierungen in Bedrängnis bringen oder stürzen, will ich hier nur sagen, dass das Wissen um die Zusammenhänge zwischen Formen der Währung mit der Stabilität der Kaufkraft des Geldes, der Konjunktur, dem Wachstumsdruck, der Vermögensverteilung und Beschäftigung bei den Bürgern und auch bei den sogenannten Fachleuten so kümmerlich ist, wie zu Zeiten, als die Weimarer Republik an diesen Fragen gescheitert ist. Ich beanspruche für mich nicht, ein Fachmann mit dem klaren Durchblick zu sein. Aber ich habe mich bemüht, seit ich die Bedeutung dieser Fragen für den Frieden begriffen habe, neue Einsichten hinzuzugewinnen. Wer wissen will, wie ich zu dem Thema heute argumentiere, möge in nachfolgend benannten Textreihe nachschauen.

176. Inflation und andere Fehlleistungen der Ökonomie und Politik

Offener Brief an den Präsidenten der Deutschen Bundesbank

Herrn Dr. Joachim Nagel

und die Herren Professoren Dr. D.h.c. Lars P. Feld,

Dr. Oliver Landmann

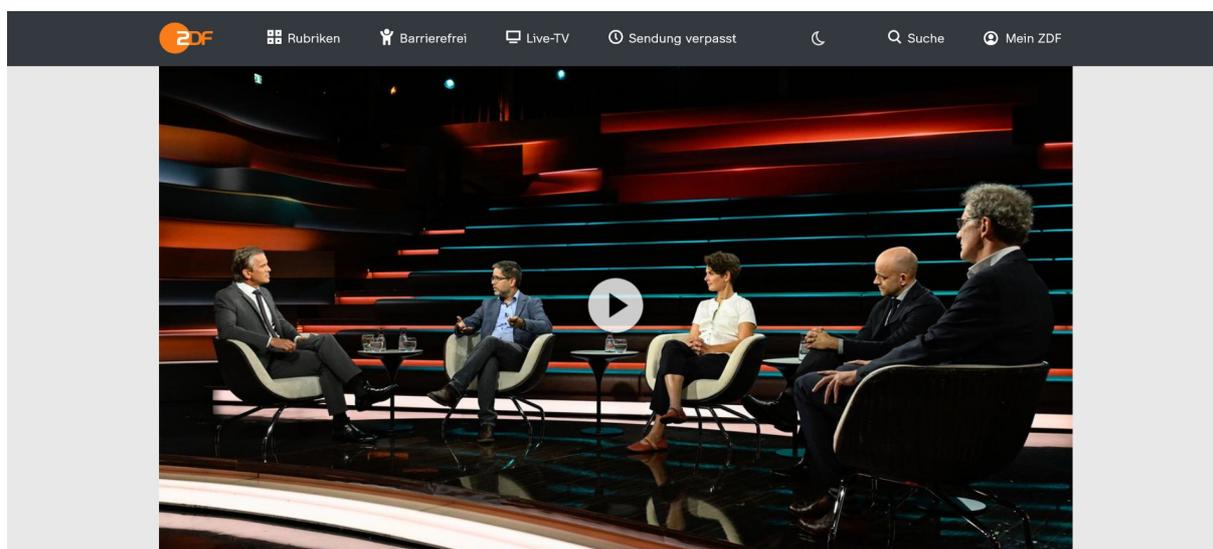
Dr. Stefan Kooths

September 2022 (4+65+6 Seiten 3431 KB)

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/176.0.Inflation.und.andere.Fehlleistungen%20.pdf>

00000

Am 29. August habe ich mir die Sendung im ZDF mit Marcus Lanz angeschaut, weil ich es für nützlich finde, die eigenen Überlegungen auf dem Hintergrund von Äußerungen anderen Menschen zu überprüfen. Da Wahlen in ostdeutschen Bundesländern anstehen, das Verhalten der dortigen Wähler und die Stellung der AfD das Hauptthema waren, blende ich hier das Titelbild von der Sendung und die Benennung der Gäste und die Zusammenfassung der Beiträge der Gäste in geraffter Form ein, so, dass sie bei Bedarf genutzt werden können.



Hasnain Kazim, Autor

Mit dem Rad fuhr der Bestsellerautor über 3000 Kilometer durch alle Bundesländer. Er zeichnet ein Stimmungsbild Ostdeutschlands vor den drei anstehenden Landtagswahlen.

Marc Felix Serrao, Journalist

Der Leiter des Berliner "NZZ"-Büros analysiert den AfD-Höhenflug. Er meint: "Die Ausgrenzung hat diese Partei groß gemacht. Wer sie wieder klein kriegen will, muss sie mitregieren lassen."

Anna Lehmann, Journalistin

Die "taz"-Redakteurin diskutiert über den richtigen Umgang mit der AfD in Thüringen und Sachsen und beleuchtet die bis heute anhaltenden Nachwirkungen der DDR.

Dirk Oschmann, Publizist

Der Leipziger Autor des Buches "Der Osten: eine westdeutsche Erfindung" erklärt die Stigmatisierung Ostdeutschlands und erläutert, warum das BSW und die AfD im Osten so erfolgreich sind.

Ich will nur auf die Punkte hinweisen, die mir besonders aufgefallen sind. Da ist einmal Hasnain Kazim, der erstaunt auf seiner Radtour feststellen konnte, dass er auch mit wahrscheinlichen AfD-Wähler vernünftig wählen kann.

Dann sprachen Anna Lehmann und Dirk Oschmann in ähnlicher Weise die von der BRD-Politik erzeugte Altlast der DDR an – bestehend im demokratischen Mangel der Zusammenführung von BRD und DDR (keine Verfassungsfindung), der Mangel in der Eigentumsverteilung (ein großer Teil des Eigentums an Wohnungen, hat westliche Eigentümer und Schwierigkeiten in der Landwirtschaft) und den hohen Prozentsatz der Entwertung der Berufskarrieren der ehemaligen DDR-Bürger. Dann kam von Anna Lehmann noch der Hinweis, das ähnlicher ökonomische Verhältnisse, wie die in den östlichen Bundesländer im Westen ähnliche politische Ergebnisse erzeugt hätten. Und Dirk Oschmann wies dann noch auf die negativen Folgen des Neoliberalismus hin. Ergänzend muss gesagt werden, er meint wohl jenen Neoliberalismus Chicagoer Prägung. Den deutschen Neoliberalismus, der auch unter der Bezeichnung Ordoliberalismus beschrieben wird, wird er vermutlich gar nicht kennen. Bei der Beschreibung der Folgen, die eine Machtübernahme der AfD hätte, sind es solche, die wir auch zu erwarten hätten, wenn eine linke, am Marxismus orientierte Partei die Macht übernehmen würde. Das Betrübliche an unser politischen Situation ist, dass wir nicht eine wesentlich besserer Regierung erwarten können, auch nicht unter Einbindung der CDU/CSU.

Marc Felix Serras These, dass die Ausgrenzung die AfD groß gemacht hätte, stimme ich zu, ob sie eine Regierungsbeteiligung wieder kleiner machen würde, habe ich meine Zweifel. Weil ihr (wahrscheinlicher) politischer Fusch im allgemeinen Fusch bzw. in der allgemeine Orientierungslosigkeit gar nicht auffallen würde. Diese Zweifel darf ich ohne Risiko einer Fehleinschätzung haben, da ich darüber nicht abstimmen muss. Man mag die AdF mögen oder nicht, wer sie mit Verboten und Herabsetzungen im Bundestag aus der Welt schaffen will, hat die demokratischen Spielregeln nicht verstanden und missachtet die Rechte und Entscheidung eines ansehnlichen Teils der Wählerschaft. Die AfD verdankt ihren Aufstieg, der langjährigen Misswirtschaft und Missachtung der Rechte der Bürger durch die anderen Parteien. Wenn die AfD wieder von der Bildfläche verschwinden soll, dann – so meine These – müssen wir die Parteienherrschaft überwinden.

Auch hier muss ich (nach meinem Urteil) sagen, so wie die Weimarer Republik nicht untergegangen wäre und das Nazi-Regime nicht aufgestiegen wäre, wenn die Wissenschaft und Politik, das genutzt hätte, was die Freiwirtschaftsschule erarbeitet hatte, so hätten wir heute auch nicht die vorliegenden Schwierigkeiten bei uns in der BRD, in Europa und der Welt. Wenn dieses Wissen, das Gefahr läuft in die Vergessenheit gedrängt zu werden, berücksichtigt worden wäre. Ich gehe bewusst das Risiko ein, als ein Großmaul beschimpft zu werden. Es besteht auch kein Erfordernis, mir blind zu glauben, erforderlich ist nur, die Fakten mit Verstand und unvoreingenommenen Forschungsdrang zu klären.

Wenn man so querfeldein Bücher und Zeitschriften liest und Rundfunkbeiträge hört, dann schimmert immer noch durch, politisch links ist gut und aufklärerisch und politisch rechts ist böse und verblödend. Die Wirklichkeit ist eher, dass sich beide politische Positionen gegenseitig spiegeln. Jede Seite denkt, sie sieht die anderen, dabei schauen beide auf ihr Spiegelbild. Das tragische für den Wähler, der an der Demokratie festhalten will, ist, dass die politische Mitte auch nur noch ein Zerrbild einer politisch gemischten Landschaft bietet, die keine Wegorientierung liefert.

Ich füge für jene Linken, die über meine vorhergehende Aussage noch nachdenklich reagieren können, Auszüge aus dem Buch „Der Hysteriker Streit“ von Imanuel Geiss, 1992 ein. Ich beginne mit einem Bilddokument von der Rückseite des Buches, wo der Autor vorgestellt wird.

In einem zweiten Anlauf analysiert der Bremer Neuzeithistoriker den Historikerstreit als eine systematische Kampagne der historisch-politischen Desinformation und Denunziation, angeführt von Jürgen Habermas, sekundiert von Hans-Ulrich Wehler, zur Durchsetzung und Verteidigung ihrer „kulturellen“ Hegemonie: Die Anklagen gegen die ursprünglich angegriffenen vier Historiker entpuppen sich als mittlere Katastrophe für die deutsche Geschichtsschreibung, weil auf gefälschten Zitaten beruhend. Im Lichte der anhaltenden Diskussionsverweigerung seit Anfang 1987 und des Zusammenbruchs des Kommunismus erweist sich erst recht die Haltlosigkeit der öffentlichen Hinrichtung durch historisch-publizistischen Rufmord: Die Verbrechen des Nationalsozialismus und Kommunismus sind ebenso wie die ihnen zugrundeliegenden politischen und mentalen Strukturen sehr wohl vergleichbar. Die Verweigerung der Diskussion vergiftet zudem Wissenschaft und Demokratie.

Prof. Dr. Imanuel Geiss, geb. 1931 in Frankfurt/Main. Sprachstudium Englisch/Französisch; Studium Geschichte, Englisch und Politik in München und Hamburg; Promotion: Hamburg 1959; Habilitation: Hamburg 1968; seit 1973 Professor für Neuere Geschichte an der Universität Bremen. Zahlreiche Publikationen, zuletzt: „Die Habermas-Kontroverse. Ein deutscher Streit“, Berlin 1988; „Der lange Weg in die Katastrophe. Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs, 1815 – 1914“, München 1990.



Fragwürdige und realistische Vergleiche

(ohne Fußnoten)

Ein wichtiges Argument, im Historikerstreit mehr in der moralischen Empörung über den Vergleich des Kommunismus mit dem Nationalsozialismus mitschwingend als explizit gemacht, ist der Verweis auf humanistische Ideale des Kommunismus, im Gegensatz zum Nationalsozialismus. Hans Mommsen ersparte es sich vorsichtshalber, „im einzelnen“ den „grundlegende(n) Unterschied

zwischen kommunistischen Systemen und dem NS-Regime, desgleichen zwischen bolschewistischen und faschistischen Parteien“ zu erörtern.

Was auch immer Hans Mommsen damals oder heute als „grundlegende Unterschiede“ zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus anzubieten gehabt hätte: In jedem Fall schlug die schöne Utopie von Sozialismus und Fortschritt zum Alptraum blutiger Repression durch den Kommunismus um, von der sich weltweit Hunderte von Millionen befreiten⁷⁸. Ähnlich wie nach 1945 viele Deutsche aus einem - durchaus honorigen - Schock agierten, als sie erkennen mußten, daß sie in einem verbrecherischen Regime gelebt oder ihm gar gedient hatten, müssen heute Hunderte Millionen im ehemals „realen Sozialismus“ einen analogen Schock verarbeiten. Auch Habermas wird künftig da-

mit zu leben haben, daß im Mutterland des „Historischen Materialismus“ Staatsterrorismus von der Qualität jenes „barbarischen Vorganges“ der Kulaken-, „Vernichtung“ integrierender Bestandteil des Systems war. Wie die ex-Sowjetbürger offiziell erfuhren, lebten sie zumindest unter Stalin in einem verbrecherischen System. Jetzt beklagen sie, daß viele westliche Intellektuelle seit den 30er Jahren zu den stalinistischen Verbrechen schwiegen, obwohl sie davon wußten. Das war damals schon „Verrat der Intellektuellen“ (Julien Benda).

Wehler wendet sich formal nur gegen den angeblich „mißbrauchte(n) Vergleich“⁸⁰. Zulässig ist für Wehler dagegen ein Vergleich des Dritten Reichs mit (nicht näher genannten) „westlichen Ländern“. Seine Meßlatte greift jedoch zu kurz: Wenn schon messender Vergleich in Europa, dann mit ganz Europa, also Rußland eingeschlossen. Anstelle eines auch nur angedeuteten Vergleichs folgt bei Wehler bloß der Verweis auf den Aufsatz Ste-

phan Meris in Geschichte und Gesellschaft, ohne die Opfer der Bürgerkriegsmassaker und die von den Bolschewiki selbst induzierte Hungersnot von 1919-22 mit nochmals Millionen von Toten auch nur zu erwähnen. Ziel der riskanten Gedankenoperation ist es offenbar, die Berechtigung des Vergleichs zwischen kommunistischem und nationalsozialistischen Massenverbrechen abzuwehren.

„Tiefe Verblüffung“ muß es „außerdem auslösen“ (Wehler), daß sich ein gestandener Historiker wie Wehler auf eine so windige Argumentation wie die von Merl beruft und sie als letzte „sachkundig“(e) Information zu diesem düsteren Kapitel hochjubelt, gewürzt mit dem zweimaligen Gebrauch des Euphemismus „Liquidation“ in diesem Zusammenhang. Hinzukommt ein Seitenhieb auf „zu viele Vorurteile russischer Emigranten“, denen der amerikanische Historiker Conquest aufgesessen sei. Trotz Wehlers Verdikt hat Bullock jüngstens Conquests Zahlen übernommen, auch dessen „Aufassung, daß die Kulakenpolitik wesentlich antiukrainische Vernichtungspolitik bolschewistischer Russifizierung gewesen sei“.

Gorbatschows Flucht nach vorn in die aufwühlende und destabilisierende historische Wahrheit erklärte sich aus dem totalen Bankrott des Kommunismus und dem verzweifelten Versuch, das System durch Liberalisierung und Öffnung im letzten Augenblick vielleicht doch noch zu retten. Wie Deutschland nach 1945 hemmen auch post-kommunistische Gesellschaften entsprechende Probleme - Mitläufer- und Wendehäule-Syndrom, Mechanis-

men von Befehl und Gehorsam, von Wegsehen und wirklichem Nichtswissen, von Führer und Gefolgschaft, Mitläufern und „nur meine Pflicht getan“. Die verdrängte Vergangenheit hat nun auch den Kommunismus eingeholt und setzt eine post-kommunistische Bewältigung der „Vergangenheit, die nicht vergehen will“, auf die Tagesordnung, in Formen, die sich, zumindest in der ex-DDR, kaum von denen nach 1945 unterscheiden: Die krampfhaft Suchende nach mildernden Umständen durch ideologisch Hinterbliebene bis hin zum „wahren (National)Sozialismus“ und der mit ihm verknüpften „Utopie“ gehört von nun an auch zum Vergleichbaren.

Im übrigen haben jüngste „lebensweltliche Erfahrungen“ die künstliche Trennwand zwischen den historischen Erfahrungen mit Kommunismus und Nationalsozialismus über den Haufen geworfen: Die traurige Kontinuität in der Benutzung von NS-Konzentrationslagern von der sowjetischen Besatzungsmacht und dem SED-Regime bis 1952, teilweise auch in personeller Kontinuität, wenn sich die „Fachleute“ von einst dem neuen Staat zur Verfügung stellten, drängt sich als erstes auf. Jüngstens werden Opfer der SED-Willkürjustiz im Prinzip genauso entschädigt wie deutsche Opfer der NS-Willkürjustiz. Stasi-Angehörige organisieren sich, um Pensionsansprüche auf der (relativen)

Höhe des alten SED-Regimes durchzusetzen und nehmen sich als Präzedenzfall - die Waffen-SS, obwohl diese vergleichsweise überwiegend eine kämpfende Truppe im Zweiten Weltkrieg war, zuletzt sogar mit Wehrpflichtigen, während der Stasi in seiner Funktion als repressive Staatsschutzpolizei eher mit der Gestapo zu vergleichen ist, wenn auch die Gestapo mit sehr viel weniger Personal auskam als die allgegenwärtige Krake Stasi. Noch eine (vorläufig) letzte Parallele: So wie die NS-Vergangenheit uns Deutsche immer wieder, einholte, zuletzt eben in Gestalt des Historikerstreites, so wird das Leichengift der Stasi-Vergangenheit noch auf Jahrzehnte unser politisches und geistiges Leben lähmen. Was wir bisher erlebten, war nur erster Vorgeschmack: Jetzt haben wir die Rest-Stasi in unserem politischen und gesellschaftlichen System und müssen damit leben.

128

Selbst wenn ein wirklich fundierter Vergleich zwischen den beiden totalitären Systemen noch solange auf sich warten läßt, bis auch im ex-kommunistischen Osten die Forschung über die eigene jüngste Vergangenheit weiter vorangeschritten und das Material, das nach Öffnung der Archive der Bearbeitung harret, gesichtet ist - ein struktureller Vergleich der beiden totalitären Regime drängt sich heute mehr denn je auf. Ihn sollte nicht Empörung über Noltes fehlerhaften Versuch ersticken. Bullocks gewaltiges Alterswerk sollte dazu endlich den Weg freimachen.

Kommunistische Massaker

Was heute in der ex-UdSSR an Massenverbrechen der Kommunisten seit der Oktoberrevolution 1917 hochkommt und das Wissen westlicher Spezialisten dramatisch bestätigt, rechtfertigt nachträglich jede demokratische Ablehnung des Kommunismus. Schon Lenin beging Massenverbrechen durch pauschal oder punktuell angeordnete Erschießungen, generell durch seinen „Roten Terror“, der ihn mühelos zum bis dahin größten Massenverbrecher der Neueren Geschichte promovieren, später nur noch überboten durch Stalin, Mao, Pol Pot, Mengistu einerseits, Hitler andererseits. Neueste sowjetische Schulbücher geben allein die Opfer Stalins mit 40 Millionen an. Jüngstens nannten „Prawda“ und „Iswestija“, immerhin einst partei- und regierungsamtliche Zeitungen des regierenden Kommunismus, „an die 50 Millionen Menschenleben (ohne die Kriegsoffer)“ als Kosten des Kommunismus in der ex-Sowjetunion. Selbst wenn solche Schätzungen zu hoch greifen sollten, so spielen Millionen bei solchen Dimensionen kaum noch eine Rolle. Wichtiger ist: Glauben nun endlich antifaschistische Anti-Antikommunisten, daß es solche Massenverbrechen gab, daß sie sich sehr wohl mit den NS-Verbrechen vergleichen lassen? Auch der SED-Staat war ein

129

Verbrecherregime, wie sich heute zeigt, von Anfang an. Von ihm Betroffene halten jetzt, zumindest in der DDR, den „realexistierenden Sozialismus“ der Vergangenheit für einen Volksbetrug. Der neue Polizeipräsident von Ost-Berlin erklärte, eine „Polit-Mafia im Politbüro“ habe zuvor die Volkspolizei mißbraucht. Kein „Revisionist“ im Historikerstreit hätte Derartiges zu sagen wagen dürfen.

Auch wenn es im Historikerstreit oft anders scheinen mochte, sind Massaker im Kommunismus keine akademische Historie, sondern „lebensweltliche“ Realität bis in die jüngste Vergangenheit: Das Repressions-Massaker in Tiflis vom April 1989 demonstrierte für die post-stalinistische Sowjetunion, daß selbst der wohlmeinende Gorbatschow den übermächtigen Repressionsapparat seines alten Systems nicht völlig kontrollieren konnte. Wie viele im Westen bisher unbekannte Massaker vor Gorbatschow in der Sowjetunion stattfanden, wird erst eine selbstkritisch gewendete ex-sowjetische Geschichtsschreibung zeigen. Nun, da Historiker und Bürger der ex-UdSSR ihre Opfer des Stalinismus endlich selbst öffentlich benennen, zählen und beweinen dürfen, sollten wir ihnen die „öffentliche Trauerarbeit“ (Habermas) selbst überlassen. Die zerfallene Sowjetunion im Großen, Jugoslawien und das vorübergehend kommunistische Äthi-

opien führen im kleineren Maßstab post-kommunistische Konsequenzen kommunistischer Herrschaft vor - Chaos, Bürgerkrieg, ein unabsehbares Maß von Massakern zwischen verschiedenen Völkern und Nationalitäten.

Das Massaker von Peking, ausgerechnet auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“, enthüllt andere charakteristische Züge des Kommunismus: Für chinesische Liberale, die nun für lange Zeit wieder schweigen müssen, galt schon der Alptraum der maoistischen Kulturrevolution als chinesische Variante des Faschismus. So sicher wie Auschwitz keine „asiatische Tat“ war, weil eine deutsche Tat in Europa, so sicher sind das Massaker auf dem „Platz des Himmlischen Friedens“ und die unzähligen Massaker im Zuge der chinesischen Kulturrevolution mit nur zu schätzenden Millionen von Opfern „asiatische Tat“(en), weil von

130

chinesischen Kommunisten verübt. Wenn sogar die „Frankfurter Rundschau“, die sich im Historikerstreit so eng links engagierte, das Pekinger Massaker zum Anlaß nahm, um das Pekinger Regime als „Sino-Faschismus“ zu bezeichnen, was war dann das sich mit dem „Sino-Faschismus“ solidarisierende SED-Regime?

Der Beifall der inzwischen abgetretenen Polit-Greise in der DDR für ihre noch älteren Peking-Genossen zum Tianan-Mien-Massaker kündigte vor aller Welt an, daß sie bei gegebenem Anlaß ähnlich gehandelt hätten, um ihre zerbröckelnde Macht gegenüber den eigenen Untertanen zu verteidigen. Die Schießbefehle waren schon ausgegeben und die Krankenhäuser alarmiert. Aber die allseitige Angst vor einem Leipziger „Platz des Himmlischen Friedens“ und die Einsicht in die selbstmörderische Wirkung jeder gewaltsamen Repression so großer Volksmassen verhinderten am 9. Oktober 1989 Schlimmeres. Wo bleibt da die krampfhaft aufrechterhaltene grundsätzliche Unterscheidung zwischen Kommunismus und Nationalsozialismus, von der die Argumentation mancher „Historikerstreiter“ geradezu lebt? ...

131

00000

Ein bisschen Frieden

Ein bisschen Frieden ist der Titel vom **Wochenende**. Ein Magazin des RedaktionsNetzwerks Deutschland. Hier eine Beilage der HAZ vom 31. August 2024. Die Schlagzeilen lauten:

Am 1. September 1939 überfiel Hitlerdeutschland Polen und löste damit den Zweiten Weltkrieg aus. Der Tag gilt heute in Deutschland als Weltfriedenstag oder Antikriegstag. Doch wie lange kann Frieden eigentlich währen?

Ein Beitrag von Thoralf Cleven / [Hier ein Auszug:](#)

Den Traum hatten vor ihm wahrscheinlich schon sehr viele Menschen. Doch Abbé Charles Castel de Saint-Pierre, ein französischer Geistlicher, brachte die Idee 1713 erstmals zu Papier: die Vorstellung vom „ewigen Frieden“. Hinter Europa lag damals der länger als ein Jahrzehnt währende Spanische Erbfolgekrieg, der die europäische Landkarte auf blutige Art nachhaltig veränderte und mit den Verträgen zum „Frieden von Utrecht“ beendet wurde.

Immanuel Kant arbeitete Saint-Pierres Idee in der 1795 veröffentlichten Schrift „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“ zu einem Konzept aus. Zentral darin sind allgemein gültige Regeln und eine internationale Vereinigung, in der zwischenstaatliche Konflikte gemeinsam diskutiert und zusammen entschieden werden. Voraussetzung

eines ewigen Friedens seien jedoch das Übergewicht von Republiken sowie die Achtung des Gewaltverbotes in der Außenpolitik, so Kant.

Doch trotz des seit 1945 tagenden Weltparlaments Vereinte Nationen (UN) und seines Sicherheitsrats sind solche Vorstellungen früherer Denker ein schöner Traum geblieben, an den man sich dennoch am 1. September erinnern kann und sollte. Vor 85 Jahren begann mit dem deutschen Überfall auf Polen der Zweite Weltkrieg mit letztlich schätzungsweise 80 Millionen Toten. Heute gilt der 1. September in Deutschland als Antikriegs- oder Weltfriedenstag. ...

Fortsetzung mit der letzten Spalte

Die Europäer suchen noch immer nach ihrer Rolle im Spiel. Moskau und Peking füllen das Vakuum, das die USA hinterlassen, mit Krieg wie in der Ukraine und der Androhung von Krieg wie gegenüber Taiwan.

Forschende wie Debiel analysieren neben den aktuellen Bedingungen von Krieg und Frieden, warum selbst nach Zeiten schwerer Kriege und großer Verluste sowie langer friedlicher Perioden eine Art Vergessen einsetzt, das neue gewaltsame Auseinandersetzungen ermöglicht.

Die nüchterne Antwort: „Sicher, aus Sicht der Bevölkerung gibt es in Kriegen wenig zu gewinnen. Einzelne Kriegakteure, seien es Warlords oder Regierungschefs, können sich hingegen sehr wohl bereichern. Einige wenige Gewinner gibt es immer“, sagt Friedensforscher Debiel. „Und für einen Akteur wie Putin sind eigene ökonomische und auch menschliche Verluste nicht so relevant wie Machtzugewinne im eigenen Apparat oder auf internationaler Ebene.“

Daher ist für die Erhaltung von Frieden die Bereitschaft der mächtigsten Staaten nötig, die internationale Friedensordnung dauerhaft zu unterstützen – mit politischen, wirtschaftlichen und auch militärischen Mitteln, sind die meisten Konfliktforschenden einig. „Ohne wirksame Selbstverteidigungskapazität ist der Frieden nicht zu halten“, so Debiel. Wie fragil diese Bereitschaft ist, zeigte die jüngste Berliner Finanzdebatte zur Ukraine-Hilfe. „Doch es werden noch zusätzlich Kapazitäten benötigt, um in Ländern, in denen zwischenstaatliche Kriege oder Bürgerkriege stattgefunden haben, Übergangssituationen zu stabilisieren, damit die Gewalt beendet bleibt. Ohne Militär halte ich das für sehr schwer vorstellbar.“

Und was ist mit den schönen pazifistischen Vorstellungen wie „Frieden schaffen ohne Waffen“ oder „Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin“? Zum Pazifismus, sagt Experte Debiel, gehöre neben der radikalen Absage an das Militär immer auch die Forderung nach Stärkung multilateraler Organisationen. „Und das ist sicher ein Punkt, auf den sich Friedensbewegte über die Lager hinweg verständigen können.“



Das was Thoralf Cleven hier zusammengetragen hat, könnte auch eine Auftragsarbeit der Rüstungsindustrie sein. Das will ich ihm aber gar nicht unterstellen. Vordergründig kann man ja sagen: „Frieden schaffen ohne Waffen!“ ist eine Träumerei. Richtig ist: „Friedenschaffen mit viel Waffen! Ist die richtige Folgerung, wenn wir unsere reale Welt ansehen. Wenn „Forschende wie Debiel“ das wirklich meinen würden, dann könnten sie besser in behördlichen Registraturen eingesetzt werden um die Akten in die richtigen Fächer zu sortieren. Ich nehme aber gar nicht an, dass ihre Empfehlungen dieser Art sind. Aber kann man sich überhaupt als Friedensforscher erlauben, zu sagen, dass ein Fehler im militärischem Sicherungssystem schon Wirkungen auslösen kann, die die Mehrheit der Menschen auf dieser Erde in das Jenseits befördert und den Rest als Krüppel überleben lässt.

Die Hauptverhinderer von Frieden und damit Förderer von Kriegen, sind ökonomische Probleme, das heißt es gibt auch andere, wie z. B. personen- oder gruppenbezogenes nachMachtstreben. Die Hauptverursacher von Kriegen und Rüstung sind aber ökonomischer Natur. Es geht um Land, Bodenschätze, Verkehrswege, Zölle, Ein- und Ausfuhrbehinderungen. Und entstehende Bürgerkriege aufgrund von ökonomischen Mängelerscheinungen, sei es eine als ungerecht empfundene Vermögensverteilung oder Steuerbelastung, Versorgung mit Lebensmittel oder eine zu große Arbeitslosenzahl werden durch Konflikte, die nach außen wirken. „befriedigt“. Es wird auch immer noch nicht gesehen, dass der Kapitalismus (also nicht die Marktwirtschaft) die Zerstörung und den Krieg erzwingt, wenn auf Dauer die Rendite unter 3 % sinkt.

In dem Buch „John Maynard Keynes / Revolution des Kapitalismus“ von Robert Lekachman, 1966 , deutsch 1970 sind folgende Sätze zu lesen:

Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'scher Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. Selbst eine Nation mit hohem Entwicklungsstand könnte so viele Schulen, Straßen, Wohnhäuser, Erholungsgebiete und Krankenhäuser bauen, daß damit der gesamte Bedarf abgedeckt wird. Was geschieht, wenn sich die Nachfrage nach vollkommen nutzlosen Dingen bis ins Uferlose potenziert? Was geschieht, wenn diese Nachfrage tatsächlich durch die Ausgabe von neuem (Papier-Geld) finanziert wird? Die Periode von 1941-1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. Im wirklichen Leben resultierten diese Ereignisse aus ökonomischer Verschwendung, genau wie Keynes es vorausgesagt hatte. Im Zweiten Weltkrieg waren Panzer, Bomber

und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld. (Seite 177)

>Man hat einmal gesagt, der letzte Krieg war der Krieg der Chemiker, dieser der Physiker. Genausogut kann man behaupten, daß dies ein Krieg der Ökonomen.< (Seite 186)

00000

Heute (31. 8.)kam folgende Einladung per E-Mail rein:



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freund*innen und Freunde,

hiermit laden wir Sie und Euch herzlich ein zu unserem Kongress:

Mut macht Zukunft 1 Kongress der grünen Bundestagsfraktion am: 30. September 2024; 11:30-20:30 Uhr im:
KOSMOS, Karl-Marx-Allee 131A, 10243 Berlin

Bühne frei für die Zukunft: Die Welt von morgen braucht zentrale Weichenstellungen heute. Wir richten deshalb den Blick nach vorn und wollen mit Ihnen und Euch zentrale politische Fragen diskutieren: Wie führen wir Europa in eine sichere, demokratische Zukunft? Wie schaffen wir die klimaneutrale Modernisierung unserer Wirtschaft und sichern auch morgen unseren Wohlstand? Wie erhalten wir die Natur, die uns erhält? Welchen Schutz braucht unsere Demokratie gegen zersetzende Kräfte von innen wie außen? Wie können wir Zusammenhalt, Miteinander und Teilhabe in einer vielfältigen und älter werdenden Gesellschaft weiter stärken? Wie gestalten wir eine gerechtere Bildung für unsere Kinder? Was brauchen Familien heute und morgen?

Wir werden auf dem Zukunftskongress in Podien und Workshops unsere Ideen und Impulse für unsere zukünftige parlamentarische Arbeit zur Debatte stellen und wollen mit unseren bündnisgrünen Ministerinnen und Ministern, mit unseren Bundestagsabgeordneten, mit unseren Podiumsgästen und Ihnen und Euch darüber diskutieren. Wir freuen uns auf Sie und Euch!

30. September 2024

Mut macht Zukunft - Kongress der grünen Bundestagsfraktion

KOSMOS
Karl-Marx-Allee 131A 10243 Berlin

Programm und Anmeldung

Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

Öffentlichkeitsarbeit / Platz der Republik 1, 11011 Berlin / T: +49 (0) 30-227 5 90 62

oea@gruene-bundestag.de

Meine Anmerkungen zu der Einladung der GRÜNEN im Bundestag

Als die GRÜNEN Ende der 70er Jahre noch nicht gegründet waren und die Wählervereinigung zur damaligen Europa-Wahl noch nicht anstand und die Aufbauarbeit von der Grünen Liste Umweltschutz in Niedersachsen schwerpunktmäßig geleistet wurde,⁷ bestanden ja noch viel Vorbehalte gegen eine Parteigründung. Ich habe damals für die Parteigründung mit dem Argument geworben, dass wir – wenn wir in den Parlamenten vertreten wären, die Bürgerinnen und Bürger viel besser über Entwicklungschancen und Gefahren für unsere Gesellschaft aufklären könnten, als durch ihre Abwesenheit. Die bis dahin in den deutschen Parlamenten vertretenen Parteien wurden nämlich als Blockaden für den notwendigen gesellschaftlichen Informationsfluss und den daraus resultierenden Reformstau gesehen.

Als jetzt die Einladung sah, kam Freude in mir auf, weil für ein Moment dachte, die GRÜNEN sind dort angekommen, wo viele Gründer sie damals hin haben wollten. Dann kam in mir die Frage auf, haben die Grünen von heute auch die programmatische Offenheit, die die Akteure der ersten Zeit hatten? Damals hatte die Dezentralität, die gesellschaftliche Selbstorganisation und die Parlamente der Betroffenen⁸ einen hohen Kurswert. Ich fürchte, dass die Formulierungen in der Einladung „zentrale Weichenstellung“ und „zentrale politische Fragen“ nicht im Sinne von Haupt-Weichenstellung und „wichtige politische Fragen“ gemeint sind, sondern, die Fortsetzung der Zentralisierung des gesellschaftlichen Lebens unter Knute des Staates. Nein, die Knute würden sich die Grünen nicht erlauben zu denken. Sie würden heute sozialdemokratisch von der Fürsorgepflicht des Staates sprechen. Dass diese aber zu einer Entmündigung der Bürger führt, darauf gehe ich noch ein. Und entmündigte Bürger, können nicht die Basis einer Demokratie bilden.

7 Beim Suchen zu einem anderen Thema bin zufällig auf einen Bericht von Georg Otto aus der Anfangszeit der Grünen gestoßen: <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/21.7%20Rueckblick.GLU.pdf>

8 Nicht allen war klar, dass Parlamente nicht auf staatlicher Ebene gegründet werden können, sondern nur auf gesellschaftlicher in Verbindung mit dem Vertrags- und Gesellschaftsrecht.

Ich wäre ja trotzdem neugierig, ob meine Vermutung ein Fehlurteil ist. Ich weiß aber nicht, ob ich mir das aus gesundheitlichen Gründen zumuten kann. Außerdem befürchte ich, dass ich aufgrund meiner Schwerhörigkeit – trotz Hörhilfe – nicht viel verstehen würde.

„Wie gestalten wir eine gerechtere Bildung für unsere Kinder?“

Wer sinnvoll politisch über die Bildung nachdenken will, kommt zu keinem guten Ergebnis, wenn er nur die Bildung der Kinder im Fokus hat. Als erstes muss man sich bewusst werden, dass in diesem politisch-kulturellem Bereich Vorstellungen von Aufgaben der Bildung festgesetzt haben, die sich zu Zeiten entwickelt wurden, als die Bürger noch Untertanen waren und nützliche Figuren für die politischen Schachbretter liefern sollte. Im Kern hat sich diese Einstellung über die Weimarer Republik, dem Dritten Reich hinweg bis in die Gegenwart der BRD erhalten⁹. Es wird nur alles mit wohlklingenden Worten verkleidet. Damit sage ich aber nicht, das keine guten Absichten gedacht und formuliert werden. Nur alle guten Absichten werden zur Karikatur, weil die Freiheit der Bildung durch den Schulzwang, Abschlussprüfungen und das Berechtigungsunwesen aus gesperrt wird. Am Ende haben wir dann eine Demokratie der Unmündigen, die von Auserwählten gesagt bekommen, wo sie jeweils bei Wahlen ihr Kreuz setzen müssen. Eine Emanzipation von einem solchen Bildungswesen ist besonders dadurch erschwert, weil fast alle Bürger – einschließlich der Entscheidungsträger bis hin zu den Verfassungsrichtern – glückliche oder unglückliche Bildungssklaven geworden sind und gar nicht ihren Status bemerken.

»Ich kann solche Sätze nur schreiben, weil der Krieg und die Nachkriegszeit bei mir einen „normalen“ Bildungsgang verhindert hat und dadurch die Lücken und Widersprüche in unserem „freiheitlich – demokratischen“ Bildungssystem besser wahrnehme.« Ich erwähne das aber auch, weil die Bildungsfreiheit ein großes Thema in der Entstehungszeit der GRÜNEN (und für mich auch schon in meiner Zeit in der F.D.P-) war. Ich verweise auf meine Schrift „Der Dritte Weg NWO“ die ich zum Programmkongress der GRÜNEN in Saarbrücken im März 1980 geschrieben habe. <http://www.tristan-abromeit.de/pdf/21.7%20Rueckblick.GLU.pdf> und auf weitere Texte: Meine Thesen zur Bildungspolitik von 1984, die ich für einen grünen Bildungskongress geschrieben habe, sind hier eingefügt:

⁹ Das der Vorgang weltweite Tendenzen hat, übersehe ich dabei nicht.

<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/Agenda%20Niedersachsen%20Anhang%20I.pdf>

Die Schrift: Die freie Berufsbildungs-Assoziation ist mit dem nachfolgenden Link erreichbar:
<http://www.tristan-abromeit.de/pdf/Agenda%20Niedersachsen%20Anhang%20I.pdf>

Dann füge ich noch ein Link zu der Arbeit „Die Schwäche unseres Bildungssystems ist die Schwäche unserer Verfassung und unseres Verfassungsbewußtseins“ ein:

<https://www.tristan-abromeit.de/pdf/84.0%20Bildungssystem%20Titel.pdf>

Aus der Einführung zu dem Buch „Pädagogik der Unterdrückten“ von Paulo Freire habe ich mir notiert:

„Hierzulande können die Leute lesen und schreiben, und just diese Fertigkeiten machen sie unter bestimmten Bedingungen nur um so beherrschbarer, ablenkbarer von ihren Interessen, vergrößert ihre Manipulierbarkeit.

Nun hörte ich aber in einer Sendung, dass unser Bildungssystem über zwei Millionen Schüler entlässt, die nicht lesen können.

6,2 Millionen Menschen oder 12,1 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung können in Deutschland nicht oder nur unzureichend lesen und schreiben. Bei weiteren 10,6 Millionen Menschen oder 20,5 Prozent der Erwachsenen tritt fehlerhaftes Schreiben selbst bei gebräuchlichen Wörtern auf.

Googl

Neulich wurde im NDR-Fernsehen berichtet, wie viel Strafe den Eltern in den jeweiligen Bundesländern angedroht wird, wenn sie ihre Kinder nicht gleich nach dem Ferienende in die Schulde schicken. Ob das eine gute Hilfe für die Aneignung der Lese- und Schreibfertigkeiten ist?

Die HAZ meldete am 24./25. August auf der Titelseite:

Jede dritte Lehrkraft im Land würde den Job nicht wieder ergreifen.

Die Zahl der Gewalttaten gegenüber Lererinnen und Lehrern in Niedersachsen wächst. Viele fühlen sich durch die Schulen nicht ausreichend geschützt.

Hilft es, wenn man die Schulen zu richtigen Gefängnissen ausbaut?

Ich will hier noch auf das Buch „Bürger für die Gesetze“ von Friedrich Salzmann, ein

Schweizer Bürger, hinweisen. Der Untertitel lautet: „Darstellung des erziehenden Staates“.

Das Buch hat sich aber „versteckt“. Das Erscheinungsdatum wird im Netz mit 1949 angegeben. Ich habe zwei Zitate auf meinem Rechner gefunden, die ich nachfolgend einfüge:

Hier werden jene Erziehungssysteme beleuchtet, von denen Pestalozzi behauptet hatte, dass sie «den Menschenverstand durch Hörsäle, Seminarien, Akademien und militärische Gewalt sicher und allgemein verschieben». Die Darstellung umfasst das öffentliche Erziehungswesen zahlreicher Länder. Dem kritischen Teil

folgt ein weit in die Zukunft weisendes Kapitel über Sinn und Inhalt wahrer Bildung, die Thomas Mann definiert als «Erkenntnis der Tatsache, dass Krieg nicht mehr erlaubt ist».

Die Freiheit in der Erziehung hebt Fehler gegenseitig auf und gibt den Gutgesinnten Wirkungsraum; das Hineinregieren der Staatsmacht in geistige Bezirke wird immer Aufopferung des Menschen für den Staat bedeuten, und auf die Dauer heisst das: Triumph des nationalen Egoismus über die Möglichkeiten menschlich-friedlichen Zusammenlebens.

Freilich wird auch über die wirtschaftlichen und politischen Voraussetzungen einer Freiheit der Erziehung noch zu reden sein. Diese Voraussetzungen sind aber im Prinzip für alle Länder die gleichen, so dass sie nicht ins Kapitel Deutschland gehören.

Ich füge jetzt noch zweieinhalb Seiten aus *Ivan Illichs* Text „**Plädoyer für die Abschaffung der Schule**“ ein. Ivan Illich stand in der Zeit der Gründung der GRÜNEN hoch im Kurs, sicher nicht bei den marxistischen Freunden, die benötigen ja aus mir nicht einleuchtenden Gründen den Staat, damit die Menschen nicht das Reich der Freiheit, das nach Marx auf das Reich der Notwendigkeit aufbaut, erreichen.^{10 11}

Ivan Illich Plädoyer für die Abschaffung der Schule

(Aus dem Kursbuch 24 vom Juni 1971)

Mit dem Glauben an die Schule ist es vorbei. Der Widerstand der Konsumenten der Bildungsindustrie («knowledge industry») wächst. Zahlreiche Lehrer und Schüler, Steuerzahler und Arbeitgeber wären froh, wenn sie an die Stelle der Schule etwas anderes setzen könnten. Was sie daran hindert, neue Institutionen zu entwickeln, sind außer einem Mangel an Phantasie das Fehlen einer geeigneten Sprache und eines aufgeklärten Selbstinteresses. Sie vermögen sich keine »entschulte« Gesellschaft vorzustellen, d. h. keine Gesellschaft mit nichtschulischen Erziehungsinstitutionen.

Wohlfahrtsbürokratien nehmen für sich ein berufliches, politisches und finanzielles Monopol auf die gesellschaftliche Phantasie und Vorstellungskraft in Anspruch. Sie setzen die Standards fest, nach denen beurteilt wird, was gut und was durchführbar ist. Dieses Monopol ist die Grundlage der modernen Form der Armut. Jedes noch so einfache Bedürfnis hat, sobald seine Befriedigung institutionalisiert worden ist, eine neue Klasse von Armen und eine neue Definition von Armut und gleichzeitig wachsende Abhängigkeit zur Folge. Vor zehn Jahren war es in Mexiko üblich, daß jemand, der starb, zu Hause starb, und daß er von seinen Freunden begraben wurde. Nur für die seelischen Bedürfnisse trug die Institution Kirche Sorge. Heute ist zu Hause zu sterben entweder

¹⁰ https://www.versalia.de/archiv/Marx/Das_Reich_der_Freiheit.2918.html

¹¹ Das ist keine theoretische Aussage, sondern eine Folgerung aus der Beobachtung der Existenz von Zentralverwaltungswirtschaften, die auch mit anderen Ideen als den Marxismus gefüttert werden können.

ein Zeichen von Armut oder ein Beweis eines besonderen Privilegs. Das Sterben und der Tod fallen in der Regel unter das institutionalisierte Management von Ärzten und Unternehmern.

Den Schülern wird beigebracht, Unterricht für Lernen zu halten, das Durchlaufen der Klassen für Bildung, ein Diplom für wissenschaftliche Befähigung. Medizinische Behandlung wird mit Gesundheitsfürsorge verwechselt, Sozialarbeit mit Verbesserung des Gemeindelebens, Polizeischutz mit Sicherheit, militärisches Gleichgewicht mit nationaler Sicherheit, Postenjägerei mit sinnvoller produktiver Arbeit. Gesundheit, Bildung, Würde, Unabhängigkeit und schöpferische Kraft werden weitgehend identifiziert mit den Leistungen der Institutionen, die den Anspruch erheben, der Förderung jener Zwecke zu dienen. Verbesserungen werden gleichgesetzt mit der Erhöhung der Geldmittel, die für die Verwaltung von Krankenhäusern, Schulen usw. zur Verfügung gestellt werden.

Ob es sich um Reiche oder Arme handelt, die Erziehung zur Abhängigkeit kostet annähernd gleich viel. Die jährlichen Ausgaben pro Schüler in den Slums und in den reichen Vorstädten sind bei zwanzig untersuchten Städten der USA von der gleichen Größenordnung - in einzelnen Fällen überwiegen sogar die für Schüler der Unterklasse. Reiche und Arme sind gleichermaßen von Schulen abhängig, die für ihr Leben bestimmend sind, ihre Weltanschauung prägen und ihnen beibringen, was legitim ist und was nicht. Beide halten selbständiges Lernen für unzulänglich und unverantwortlich, beide sehen in Gemeindeorganisationen, die nicht von staatlich autorisierter Seite finanziert werden, Formen von Aggression oder Subversion. Beiden erscheint infolge ihrer Fixierung auf etablierte Institutionen selbsttätiges Lernen als suspekt. Die fortschreitende Regression der Selbst- und Gemeindetätigkeit ist für Westchester noch kennzeichnender als für den Nordosten von Brasilien. Überall bedarf nicht nur die Ausbildung, sondern die Gesellschaft als ganze der »Entschulung«.

Die wachsende Abhängigkeit von institutionalisierter Fürsorge hat der Hilflosigkeit der Armen, die stets gesellschaftlich machtlos waren, eine neue Dimension hinzugefügt: psychische Ohnmacht, die Unfähigkeit, selbst für sich zu sorgen, selbsttätig zu handeln. Die Bauern auf den Hochebenen der Anden werden von Grundbesitzern und Händlern ausgebeutet; sobald sie sich in Lima niederlassen, verschlimmert sich ihre Lage noch: sie werden von Parteibonzen abhängig und finden keinen Arbeitsplatz, weil sie keinerlei Ausbildung haben. Die moderne Form der Armut schließt außer der Machtlosigkeit den Verhältnissen gegenüber noch den Verlust der persönlichen Wirkungsmöglichkeiten ein. Diese moderne Variante der Armut ist auf der ganzen Welt verbreitet und gehört zu den Ursachen der heutigen Unterentwickeltheit. Natürlich nimmt sie in den armen und reichen Ländern verschiedene Erscheinungsformen an.

In den Großstädten der USA zeigt sie sich vielleicht am deutlichsten. Nirgendwo sonst wird für den »Krieg gegen die Armut« mehr ausgegeben. Nirgendwo sonst produziert die Bekämpfung der Armut soviel Abhängigkeit, Elend, Frustration und neue Forderungen. Und nirgendwo sonst wird so offensichtlich, daß Armut sich - wenn sie einmal ihre moderne Form angenommen hat - durch Geld allein nicht beseitigen läßt, daß vielmehr eine revolutionäre Veränderung der Institutionen notwendig ist.

Heute kommen in den USA Schwarzen und in die Städte abgewanderten Puertorikern Leistungen von Berufen zugute, deren Dienste für sie vor zwei Generationen noch ganz undenkbar gewesen wären und deren Inanspruchnahme den meisten Menschen in der Dritten Welt als grotesk erscheint. Zum Beispiel können sich die Armen in den Vereinigten Staaten darauf verlassen, daß Beamte der Schulbehörde, die für Fälle von Schulschwänzen zuständig sind, dafür sorgen, daß ihre Kinder die Schule besuchen, bis sie siebzehn sind; oder daß ein Arzt sie in ein Krankenhaus einweist, in dem das

Bett 60 Dollar pro Tag kostet - das Äquivalent des Einkommens von drei Monaten für die meisten Menschen auf der Erde. Diese Fürsorge steigert jedoch die Abhängigkeit und produziert das Bedürfnis nach mehr Dienstleistungen; die Menschen werden immer unfähiger, ihr Leben aufgrund eigener Erfahrungen und selbstdirigierter Kooperation zu organisieren.

Die Armen in den USA sind den anderen darin voraus, daß sie an Hand ihrer eigenen Erfahrungen beurteilen können, welche gefährliche Situation den Armen in einer Welt des Fortschritts droht. Sie erleben, daß keine noch so großen Dollarbeträge die den Wohlfahrtsinstitutionen innewohnende Destruktivität beseitigen können, sobald die professionellen Hierarchien dieser Institutionen die Gesellschaft einmal davon überzeugt haben, daß ihr Dienst moralisch notwendig ist. Die soziale Gesetzgebung einer »verschulten« Gesellschaft baut auf einem Trugschluß auf.

Nach William O. Douglas, Richter des Obersten Bundesgerichtes der USA, besteht »der einzige Weg, eine Institution aufzubauen, darin, sie zu finanzieren«. Daraus kann man den Schluß ziehen, daß eine weitere Verarmung und Entmündigung nur dadurch verhindert werden kann, daß man den Institutionen, die jetzt für Gesundheit, Erziehung und Wohlfahrt zuständig sind, die Geldmittel entzieht. (Seite 1 f.)

Das was ich für den Bereich Bildung hier vorgetragen habe, sind ja Bruchstücke und nicht einmal aus allen „Gebäuden“ in der Bildungslandschaft. Aber jeder, der sich selbst erlaubt, sie näher zu betrachten, wird in der Lage sein, weitere Bruchstücke hinzuzufügen. Wenn dass genügend Menschen machen – auch solche, die andere Quellen angezapft haben –, dann sind auch ihre Gesellschaft in der Lage neue, bessere Gebäude davon zu bauen.

Um die vorhandene Krise der Demokratie mit einem guten Ergebnis zu überstehen und den Bürgerinnen und Bürgern die Einschätzung zu ersparen, dass sie sich mit jeder Wahl ihre Entscheidungs- und Gestaltungskompetenz entblößen. Damit die Gestaltungskompetenz wirksam werden kann, ist es wichtig, dass Institutionen für Bildung, Kultur und Leibesertüchtigung privatrechtlich in der Gesellschaft (als Parlamente der Betroffenen) und nicht im Staat verankert werden. Finanziell dürfte der Umbau und des Bildungssektors wahrscheinlich einen geringeren Aufwand erfordern als der jetzige staatliche Bildungsbetrieb. Und nicht zu vergessen ist, für Pädagogen, Schüler und Eltern dürfte sich ein Stück vom Land der Freiheit öffnen.

Wer sind wir?

Bevor ich auf unsere sozialen Sicherungssysteme als Ursache der Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft und auf den monarchistischen Stiel unserer Regierungen als Störfaktor der Demokratie eingehe, will ich auf das Buch » ***Ich und die anderen*** / *Wie die neue Pluralisierung uns alle verändert* « eingehen. Das war nicht geplant, sondern es trat die Situation ein, die so erscheint, als suche ein Buch zu mir in Kontakt und deutet an, dass ich es in meinem

Schreibvorgang verenden könnte. Der Titel lautet:

Ich und die Anderen / Wie die neue Pluralisierung uns alle Verändert
von Isolde Charim

Ich kopiere erst ein, was der Einband hergibt und versuche, dann möglichst sparsam Auszüge vorzustellen. Das scheint mir erforderlich bezüglich der Gesamtlänge dieses vorliegenden Textes zu sein und muss ja auch noch im Rahmen der Werbung für dieses Buch sein, da es ja auch ein Handelsobjekt ist.



*Isolde Charim, geboren in Wien, Studium der Philosophie in Wien und Berlin, arbeitet als freie Publizistin und ständige Kolumnistin der taz und der Wiener Zeitung. 2006 erhielt sie den Publizistik-Preis der Stadt Wien. Seit 2007 ist sie wissenschaftliche Kuratorin am Bruno Kreisky Forum. Gemeinsam mit Gertraud Auer Borea gab sie 2012 den Band *Lebensmodell Diaspora. Über moderne Nomaden* heraus.*

Wir leben in einer pluralisierten Gesellschaft. Einen Weg zurück gibt es nicht.

Doch was ist das überhaupt – eine pluralisierte Gesellschaft? Und was heißt es für den Einzelnen, in einer solchen zu leben?

Keiner kann heute seine Kultur noch so leben, als ob es keine daneben gäbe. In gemischten Gesellschaften steht jede Kultur neben anderen. Das heißt: Es gibt keine selbstverständliche Kultur, keine selbstverständliche Zugehörigkeit mehr. Die Außenperspektive - dass es nämlich immer anders sein könnte, dass man jemand anderer sein, etwas anderes glauben, anders leben könnte - ist heute Teil jeder Kultur. Und diese Veränderung betrifft jeden Einzelnen. Sie verändert den Bezug zur Gemeinschaft, zur eigenen Identität.

Die Philosophin Isolde Charim wendet ihre These auf verschiedene gesellschaftliche Themen an, von der Integrationspolitik über die Definition des Heimatbegriffs bis hin zu den Debatten um religiöse Zeichen.

Gut ist, dass Isolde Charim Pluralisierung die Ergänzung „neue“ voranstellt. Damit wird gleich deutlich, dass der jetzige Zustand unserer Gesellschaft (der europäischen Gesellschaften oder der meisten, dieser Welt) nicht einmalig ist. Die Pluralisierung kann aber auch nicht der Ausgangspunkt der menschlichen Entwicklung sein, weil sich dann nicht Ethnien unterschiedlicher Prägungen herausgebildet haben könnten. Die Pluralisierung in der heutigen Form halte ich für politisch verursacht, aber darüber schreibt die Autorin nicht, sie macht nur deutlich, dass die Pluralisierung nicht rückgängig gemacht werden kann und wie man sich darauf einstellen kann. Ich denke, dass das Bedürfnis nach persönlicher Identität der einzelnen oder Gruppen von Menschen bleibt, also muss dazu Gelegenheiten geschaffen werden, wo dieses Bedürfnis in konstruktiver Weise gelebt werden kann. Ich vermute, dass die meisten Menschen für sich den Status Weltbürger akzeptieren können, aber die Vorstellung nur ein Lebewesen unter Milliarden von Menschen zu sein, das schafft ein Unbehagen, wie die Vorstellung nur eine Ameise im Ameisenhaufen zu sein. Das Bedürfnis ein Zuhause zu haben, es verlassen zu können und wieder heimzukehren zu können, wird bleiben. Die Abkehr der Wähler von den bisherigen staatstragenden Parteien zeigt, dass diese dieses Bedürfnis nicht mehr befriedigt haben.

Ich habe nun meine Schwierigkeiten mit der Textauswahl. Am liebsten wäre mir, ich könnte einen Link vermitteln und schreiben, das jede Leserin und jeder Leser (wenn es die überhaupt gibt) sich das Buch von Isolde Charim vornehmen soll, und das Aussucht, was ihre eigene Wahrnehmung schärft und bei der gedanklichen Problembewältigung hilft.

Kapitel 1

Ein Blick zurück: Die Illusion der homogenen Gesellschaft

Wir leben in einer pluralisierten Gesellschaft. Das ist nicht nur ein relativ neues Faktum. Das ist auch ein unhintergebares Faktum: Es gibt keinen Weg zurück in eine nicht-pluralisierte, in eine homogene Gesellschaft. Das ist eine einfache Feststellung.

Nicht ganz so einfach ist die Klärung der Frage, was das genau bedeutet: Was ist eine pluralisierte Gesellschaft? Welche Auswirkungen hat das für jeden von uns? Oder anders gefragt: Was heißt es eigentlich, in einer solchen Gesellschaft zu leben?

Um diese Frage zu beantworten oder um sich einer Antwort auch nur zu nähern, muss man zuerst einmal einen Blick zurück werfen. Um die Reichweite und das ganze Ausmaß der Neuheit zu ermessen, muss man sich den »prä-pluralen« Gesellschaften, also den Gesellschaften Westeuropas vor ihrer Pluralisierung zuwenden. Denn diese geben das Vergleichsmodell ab. Diese homogenen Gesellschaften, also diese Gesellschaften einer relativen ethnischen, religiösen und kulturellen Einheitlichkeit sind gewissermaßen die Negativfolie. Der Hintergrund, von dem sich unsere heutige, unsere pluralisierte Gesellschaft abhebt.

Diese homogenen Gesellschaften waren nicht einfach da. Sie sind nicht einfach gewachsen, sozusagen natürlich. Sie mussten vielmehr erst hergestellt werden. Dazu hat es vieler politischer Eingriffe bedurft. Oftmals brutaler und repressiver Eingriffe. Homogene Gesellschaften sind also das Resultat von (Seite 11) bewusstem politischen Handeln. Ein anderes Wort für diesen Vorgang lautet: Nationenbildung.

Es gibt eine Vielzahl hervorragender historischer Studien, die belegen, welcher symbolischen und materiellen Gewalt es bedurfte, um die Nationenbildung seit dem 19. Jahrhundert voranzutreiben. Die Nationenbildung war eine künstliche Vereinheitlichung. Eine Vereinheitlichung, die erst durchgesetzt werden musste. Durchgesetzt gegen eine vorhandene Vielfalt. Dazu bedurfte es eines massiven Vorgehens, eines Vorgehens auf vielen Ebenen und in unterschiedlichen Bereichen: Es brauchte eine materielle, eine emotionale und eine kulturelle Vereinheitlichung.

Nehmen wir etwa die Sprache. Was für ein langwieriger Vorgang war es, all die regionalen Sprachen, all die Dialekte einzuhegen oder auszugrenzen, um eine einheitliche Hochsprache als Landessprache durchzusetzen.

Oder nehmen wir etwas scheinbar Einfaches wie einen Zugfahrplan: Wie viel muss so einem Fahrplan an Vereinheitlichung, an materieller, gegenständlicher Vereinheitlichung vorangehen, damit er funktioniert? Da braucht es die Durchsetzung eines minutengenauen Zeitbewusstseins, die Informationen über Ankünfte und Abfahrten müssen zirkulieren, und sie müssen für alle einsehbar sein. So etwas Einfachem wie einem Zugfahrplan geht eine große materielle, physische Anstrengung voraus: die Anstrengung, eine ganze Gesellschaft auf einen Takt zu stimmen.

Aber diese Anstrengung allein reicht nicht aus. Eine homogene Gesellschaft muss nicht nur materiell vereinheitlicht werden. Sie muss auch emotional in Einklang gebracht werden. Die Einheit einer Gesellschaft muss auch in den Gefühlen verankert werden. Ein ganzes Set an Akteuren - von der Literatur über die Musik, die Bildung bis hin zu den Schulen haben daran mitgewirkt. Etwa indem sie eine zentrale Kategorie der Nation aufgeladen haben: das Territorium. Dazu wurden Orte, Orte wie Grenzen, Landschaften, Städte, Flüsse emotional besetzt. Die emotionale Imagination der Nation vollzieht sich also - auch - im Medium der Territorialisierung nationaler Emotionen, der Rückbindung von Gefühlen an den Raum. Dies vollzieht sich mittels vieler ganz konkreter Praktiken. Natürlich in den Schulen, aber auch bei ganz banalen Alltäglichkeiten - etwa beim Wetterbericht, wie Benedict Anderson berichtete, wo die Umrisse, also die Grenzen des Territoriums eingepägt und als ein kompakter, eigener (Wetter-)Raum vermittelt werden. So viele, so vielfältige Einübungen in die emotionale Besetzung des Raums. Erst wenn das gelingt, erst wenn es gelingt, die Gefühle mit der Geografie zu verbinden, sind Orte nicht mehr einfach irgendwelche Orte. Erst dann werden sie zu Symbolen.

Die Nationenbildung hat also das Staatsgebiet verdoppelt: Sie hat dem materiellen ein symbolisches Territorium hinzugefügt, um es zu jenem Gebiet zu machen, an das die Gefühle andocken konnten.

Natürlich ist die Behauptung solch einer Homogenität sehr leicht zu widerlegen. Viele Kritiker haben der Nation vorgeworfen, dass sie ihre Homogenität nie wirklich erreicht hätte. Die Einheitlichkeit der Gesellschaft bleibt immer bis zu einem gewissen Grad eine Fiktion - eine Fiktion, die durch massive politische Eingriffe immer wieder hergestellt werden musste. Selbst dort, wo die Nationenbildung äußerst erfolgreich war. Ein ganzes Genre der kritischen Geschichtswissenschaften hat sich diesem Nachweis gewidmet: Die Nation war niemals vollständig. Die homogene Gesellschaft war also niemals gänzlich homogen. Aber all diese Erkenntnisse einer kritischen Geschichtsforschung reichen nicht aus. Denn sie übersehen etwas (S.13)
Wesentliches, etwas, das man nicht unterschätzen darf: Es war eine funktionierende Fiktion.

Die Vorstellung einer homogenen Gesellschaft mag immer eine Fiktion gewesen sein. Aber es war eine Fiktion, die funktioniert hat. Die Nation war sogar eine äußerst funktionsfähige Fiktion. Seit Benedict Anderson wissen wir: Die Nation ist eine »imagined community« - eine vorgestellte Gemeinschaft. Dieser Titel seines wohl bekanntesten Buches (1983) ist zu einem geflügelten Wort geworden. »Imagined community« bedeutet, dass die Nation als Vorstellung, als Imagination funktioniert. Man könnte auch sagen: Die Grundlage des politischen Gebildes »Nation«, die Grundlage der homogenen Gesellschaft war die politische Vorstellungskraft. Die Leute haben an die Nation geglaubt. Sie haben an die Nation als an eine Realität geglaubt. Und deshalb hat die Nation, so fiktiv sie auch immer gewesen sein mag, funktioniert. Deshalb hat diese Vorstellung, die Vorstellung »wir sind eine Nation«, tatsächlich eine nationale Gesellschaft hervorgebracht. Das heißt nicht, dass die Homogenität jemals wirklich vollständig erreicht wurde. Es gab immer Abweichungen von der Homogenität. Aber die Nation war die politische Form, um eine vielfältige, eine heterogene Masse zu verbinden, zu integrieren. Sie war die politische Erzählung, um die Massen zu einer Gesellschaft zu machen. ... (S-14)

Diese Zeilen haben auch etwas tröstliches, das die Nationen sich als zerstörerische Kriegsmaschinen entwickelt haben, kann auch – den Menschen ein Zuhause zu sichern – auch etwas entwickeln, was besser ist, als der nationale Rahmen.

... Das Milieu garantiert dem nationalen Typus aber nicht nur seine Identität. Es garantiert ihm auch seine Zugehörigkeit, die Art seiner Zugehörigkeit: eine unmittelbare, eine selbstverständliche, eine unhinterfragte Zugehörigkeit.

Eine homogene Gesellschaft - in all ihrer Fiktion - besteht letztlich genau darin, eine bestimmte Art von Identität und eine bestimmte Form von Zugehörigkeit zu ermöglichen.

Homogen ist eine Gesellschaft nicht, wenn es keine Unterschiede gibt. Homogen ist sie, wenn man ihr voll und ganz angehören kann. Wenn man sich dieser Illusion hingeben kann. Denn das ist das Versprechen der homogenen Gesellschaft: Sie versorgt uns mit einer herausragenden Bestimmung, einer Bestimmung, die uns vereinheitlicht, die uns »ganz« macht, die uns mit einer vollen Identität versieht - auch wenn dies im Freud'schen Sinne immer eine Illusion bleibt.

Und genau das ist der Punkt, an dem sich der Unterschied zu unserer heutigen Gesellschaft ablesen lässt. Genau das ist der Hintergrund, von dem unsere pluralistische Gesellschaft sich abhebt. Die Folie, an der wir die Differenzen zu unserer heutigen Gesellschaft ablesen können.

Wir leben nicht mehr in dieser Welt der Homogenität. Diese ist in den letzten zwanzig, in den letzten dreißig Jahren langsam verschwunden. In einer schleichenden Entwicklung. Und zwar auf allen Ebenen. ... (S.24)

... Aber die Pluralisierung der Gesellschaft beschränkt sich natürlich nicht nur auf technologische Entwicklungen. Auch die anderen Ebenen der Homogenisierung haben sich verschoben: Die emotionale Gleichstimmung ist in einem Europa der (mehr oder weniger) offenen Grenzen nicht mehr aufrechtzuerhalten. Vor allem aber der nationale Typus und dessen Milieu haben sich verändert. So ist etwa das katholisch grundierte österreichische Milieu ebenso wie das protestantische deutsche - das Milieu, das Schulen, Autoritäten, Institutionen bestimmte, das Milieu, das den strikten Unterschied zwischen Feiertagen und Werktagen vorgab und das eine intakte Hochkultur umfasste -, dieses ganze Milieu ist nicht verschwunden. Wie auch die Fahrpläne nicht verschwunden sind. Aber das Milieu erodiert. Seine Grenzen weichen sich auf. Sein Takt ist nicht mehr der einzige, sein Ton ist nicht mehr der vorherrschende. Und der nationale Typus? Nehmen wir etwa den österreichischen Typus. Das Trachtenpärchen, die Bourgeoisie im Lodenmantel. Wer erinnert sich noch an die Hofratswitwe mit Burgtheater- und Josefstadt-Abonnement? Sie alle sind noch da - unter anderen. Aber den Takt, den geben sie längst nicht mehr vor. ... (S. 25)

Kapitel 2

Im Jetzt: Warum es mehr Aufwand bedeutet, weniger Ich zu sein

Im '9. Jahrhundert gab es in den USA ein Ritual: Bei ihrer Ankunft mussten Migranten durch eine Scheune. Einmal drinnen, mussten sie ihre Trachten ablegen, um dann als Amerikaner eingekleidet auf der anderen Seite der Scheune herauszukommen. Ein hollywoodreifes Bild.

Jetzt kann man sagen - gut, das war im 19. Jahrhundert so. Damals hatte man noch eine rigide Vorstellung von der eigenen Kultur - und auch von jener der anderen. Damals hatte man noch die Vorstellung, ein Neuankömmling müsse sich gänzlich anpassen, er müsse sich assimilieren, seine eigene Kultur ablegen wie seine Kleidung und die neue Kultur vollständig übernehmen. Überziehen wie eine neue Tracht. Tatsächlich aber ist diese Scheune kein verstaubtes Relikt des 19. Jahrhunderts. Denn die Scheune existiert nach wie vor in unseren Köpfen. Sie prägt unsere Vorstellung von Migration. Heute sprechen wir zwar nicht mehr von Assimilation, sondern von Integration. Das ist zweifellos ein Fortschritt. Aber meistens ist das nur ein gradueller Unterschied. Integration meint zwar nicht völlige Anpassung, aber der Weg durch die amerikanische Scheune scheint immer noch die Richtung vorzugeben. Die Scheune prägt letztlich unsere Vorstellung einer pluralisierten Gesellschaft.

Diese Vorstellung von Pluralisierung beruht auf dem grundlegenden Missverständnis, dass die Vielfalt, dass die Plu- (S.28)

ralisierung eine Gesellschaft unverändert ließe. Die Frage ist hier nicht, ob Integration gut oder schlecht sei. Die Frage ist: Worum geht es, wenn man nach Integration ruft? Welche Vorstellung hat man, wenn man von Integration spricht? Und da muss man sa-

gen: Es ist die Vorstellung, durch Integration, durch einen gewissen Grad an Anpassung könne die Gesellschaft so bleiben, wie sie bisher war. Das ist die trügerische Gewissheit, die die Rede von der »Integration« garantieren soll.

Woher aber rührt dieses Missverständnis? Es rührt daher, dass man glaubt, gesellschaftliche Vielfalt sei eine Ansammlung unterschiedlicher Kulturen und Religionen. Gesellschaftliche Vielfalt sei einfach eine Addition. Da gäbe es das Bestehende, das sind die Einheimischen, und zu denen käme dann einfach etwas Neues hinzu: die Türken, die Jugoslawen. Später die Serben, die Kroaten, die Kosovaren. Dann kamen die Polen, die Slowaken. Irgendwann dann »die« Moslems. Und nun die Flüchtlinge. Aber Pluralisierung ist keine Addition. Es ist ein Gebot der Stunde zu verstehen, was Pluralisierung eigentlich bedeutet. Und da muss man zweierlei festhalten:

Erstens: Pluralisierung ist ein unhintergebares Faktum. Es gibt keinen Weg zurück in eine nicht-plurale, in eine homogene Gesellschaft. Auch nicht durch noch so viel Integration. Da hilft keine Scheune. Das Faktum der Pluralisierung lässt sich nicht rückgängig machen.

Und zweitens: Pluralisierung ist kein äußerlicher Vorgang. Die Vorstellung einer Addition ist trügerisch. Sie suggeriert nämlich, die einzelnen Posten der Addition blieben unverändert. Als ließe die Addition die Menschen, die sie verbindet, unverändert. Die Vorstellung der Addition ist eine Erzählung, die einen blinden Fleck erzeugt. Dieser blinde Fleck, also das, was verkannt wird, lautet: Die Pluralisierung verändert uns *alle*. Genau diese Veränderung wird durch die Vorstellung einer Addi-

tion verdeckt. Die Pluralisierung verändert aber nicht nur die, die neu hinzukommen. Sie verändert auch die, die schon da waren. Eben *weil* sie keine einfache Addition ist. Die Pluralisierung affiziert, sie erfasst uns alle.

Es ist also wichtig, sich nicht nur klarzumachen: Was verändert sich?, sondern auch: Was macht die Pluralisierung mit uns? Wie verändern *wir* uns? Was verändert sich an *uns*? Denn das ist der zentrale Punkt: Wir verändern uns alle.

Vor einiger Zeit konnte man in Wien an vielen Orten ein Plakat sehen: ein türkisfarbened Bild, auf dem stand: »Der Bauch sagt: Respekt ist Kopfsache.« Darunter vier Köpfe: ein Mann mit jüdischer Kippa, ein Schwarzer, eine Frau mit Kopftuch und ein Mann mit Trachtenhut. Man sieht die vier Köpfe von hinten. Es geht also nicht um die einzelnen Individuen. Diese sind Träger von Zeichen, von Zeichen, die sie unterscheiden. Sie sind Repräsentanten von Ethnien, Religionen, Klassen. Interessant an dem Bild ist, dass der Trachtenhutträger Teil dieser Reihe ist.

Er ist ein Typus unter anderen. Das entspricht der heutigen Realität. Aber man muss sich vor Augen halten, was das tatsächlich bedeutet. Noch vor einiger Zeit - und diese Zeit ist noch nicht lange her -, da war der Mann im Lodenmantel mit Gamsbarthut und auch die dazugehörige Frau, da war dieser Typus *nicht* einer unter anderen. Da war er in Österreich hegemonial. Er war kulturell und identitätspolitisch vorherrschend. Er war es, der die Normalität bestimmt hat. Heute ist dieser Herr nicht nur auf dem Plakat eingereiht. Er hat auch real seine Hegemonie, seine Vorherrschaft verloren. Das zeigt das Bild sehr deutlich. Und sehr einprägsam.

Und genau daran kann man die Veränderung, die die Pluralisierung bewirkt, ablesen. Diese Veränderung ist eine doppelte. (S. 30)

Das muss reichen. Wer mehr aus dem Buch erfahren will, soll es kaufen oder in einer

Bibliothek leihen. Ich füge noch das Nachwort von Isolde Charim ein.

Nachwort:

Was tun? Eine Frage als Symptom

Ich kann mich an keine öffentliche Veranstaltung der letzten Zeit erinnern, ob Vortrag, Podiumsdiskussion oder Publikumsgespräch, wo sie nicht auftauchte - die Frage: *Was tun?* Es ist dies die Frage nach einer konkreten Handlungsanweisung, nach einem Rezept. Was tun gegen den Populismus, gegen die Ungerechtigkeit, gegen die Kapitalisierung aller Lebensbereiche? Die Frage ist Ausdruck einer Ratlosigkeit. Vor allem aber ist sie ein Symptom.

Was tun? - das ist die Frage Lenins, der Titel eines seiner bekanntesten Werke. Das Buch ist die Antwort auf seine titelgebende Frage. Es ist eine Anleitung zum »bewussten« Handeln.

Und genau danach wird heute gefragt. Es ist ein doppelter Ruf - ein Ruf nach Rezepten gegen die multiplen Krisen und ein Ruf nach Alternativen, die dieses Handeln leiten sollen. Alternative Gesellschaftskonzepte. Eine neue große Erzählung. Ein neues Narrativ.

Wobei die Sehnsucht nach einer Erzählung nicht nur die Sehnsucht nach Inhalten ist, sondern vor allem die Sehnsucht nach einer Erzählung, die die Leute ergreift. Denn Inhalte, politische oder gesellschaftliche, liegen ja zur Genüge vor. Von der offenen Gesellschaft bis zur *sharing economy*. Aber diese Inhalte packen die Leute nicht. Oder nicht mehr. Weder weisen sie einen Weg, noch eröffnen sie eine Perspektive. Sie beflügeln keine Hoffnungen mehr. Und so bleibt der unerfüllten Sehnsucht nach politischer Hoffnung nur die Frage: *Was tun?*

Slavoj Žižek meinte einmal: Der Traum von einer Alternative sei zu Ende. Wer ihn weiter träume, sei nur zu feige, sich die Alternativlosigkeit, also die Hoffnungslosigkeit einzugehen. Dieser Traum sei nur ein Fetisch gegen die Ausweglosigkeit. Das ist genau der Punkt: Die Frage *Was tun?* ist ein Fetisch. Eine magische Vorstellung, die die Wirklichkeit verneint. Die Frage *Was tun?* gibt sich der irrigen Hoffnung hin, es gäbe eine Antwort, es gäbe eine konkrete Anleitung. Mehr noch: Diese Frage zielt eigentlich auf das, was auch bei Lenin zentral war: die Versicherung, dass da jemand sei, der weiß, was zu tun ist.

Und genau deshalb, weil diese Frage heute letztlich nicht einfach nach Programmen fragt, sondern nach Personen, die »wissen«, nach Personen, denen man glauben kann, dass sie wissen, dass sie eine Antwort geben können - genau deshalb ist diese Frage symptomatisch. Denn heute heften sich politische Hoffnungen nicht mehr an Ideen, sondern an Personen. Personen, die ein Versprechen für etwas Anderes, für etwas Besseres, für einen Ausweg, für eine Antwort auf *Was tun?* sind. Und jedes Mal, wenn wieder solch eine Person auftaucht, gibt es einen Hype. Obama. Bernie Sanders. Martin Schulz. Macron. To be continued. Und jedes Mal verfliegt der Hype auch wieder. Die Zyklen werden immer kürzer. Und *Was tun?* - bleibt unbeantwortet.

(Abbruch des Textes 177.13.2)